



Der Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
für Politik,
Wirtschaft,
Wissenschaft
und Kultur

Ausgabe 7
50. Jahrgang / 2014

Postvertriebsstück 82706 | Einzelpreis 7,50 EUR



Günther Oettinger: Gefahr durch Strompreis
Alois Glück: Christen bauen Brücken
Dieter J. Weiß: Sinnloses Blutvergießen
Stefan Weinfurter: Kaiser macht schlau
Ulrich Schürenkrämer: Dahoam is dahoam
Harald Wohlfahrt: Spiel der Aromen

***Beschleunigen Sie Ihr
Unternehmenswachstum.
Mit Beteiligungskapital
der BayBG.***



Mit ihren Beteiligungen hat die BayBG an der Erfolgsgeschichte von mehr als 2.000 Unternehmen mitgeschrieben.

Nutzen auch Sie Ihre Chancen.

Wir informieren Sie gerne und beantworten Ihre Fragen:
josef.krumbachner@baybg.de, Tel. 089 12 22 80-172, www.baybg.de

EIGENKAPITAL. BERATUNG. NETZWERK.
www.baybg.de

BayBG 
Bayerische
Beteiligungsgesellschaft mbH



Wir sind alle Europa: Am 25. Mai sind 507 Millionen Bürger aufgerufen, das künftige Europäische Parlament zu wählen. Die EU-Wahlkampagne in allen 28 Mitgliedsstaaten wirbt für eine hohe Wahlbeteiligung.

Frieden wählen

Der bayerische Wahlmarathon geht in den Endspurt. Nach Urnengängen für Land, Bund und Kommunen wird am vorletzten Mai-Sonntag das Europaparlament gewählt. In 28 EU-Ländern sind 507 Millionen Bürger aufgerufen, die europäische Volksvertretung für die nächsten fünf Jahre zu bestimmen. Doch schon Wochen vorher steht fest: Es wird kein berauschender Wahltag. Zu erwarten sind eine beschämend niedrige Wahlbeteiligung – schon 2009 waren es nur 43 Prozent – und ein erschreckend hoher Stimmenzuwachs rechtslastiger Europa-Gegner.

Das große Friedensprojekt Europa hat Glanz und Charme verloren. Eine überbezahlte und dem Volk entrückte EU-Bürokratie ist dabei noch das kleinere Übel. Ein überstürzt eingeführter Euro, der von den wirtschaftsschwächsten Ländern zur billigen Schuldenfinanzierung missbraucht wurde, wiegt da schon schwerer. Denn die Krise, die daraus gewachsen ist und weiter schwelt, sowie die nun zwingend erforderlichen Reformen haben einen Geist genährt, der sich in der Gemeinschaft hätte auflösen sollen wie Zucker im Kaffee: Den Nationalismus.

100 Jahre nach Ausbruch den Ersten Weltkriegs müssen wir eingestehen: Es ist kein europäisches Volk herangewachsen. Mit diesem Hinweis hat kürzlich das Bundesverfassungsgericht dem

Europaparlament die Drei-Prozent-Hürde entzogen und ausgerechnet im Wahljahr seine Legitimität angezweifelt. Regierungschefs von London bis Budapest suchen ihr Heil unter der Nationalflagge, die Anti-Europäer vom Front National könnten künftig das größte französische Kontingent nach Brüssel schicken. Und von Schottland bis Katalonien wecken Separatisten regionalen Nationalrausch. Europa ist keine feste Burg mehr.

Schon Karl der Große herrschte vor 1200 Jahren über ein europäisches Reich. Es zu gestalten und zu erhalten, musste er in jedem Jahr seiner Regentschaft Krieg führen. Das geeinte Europa bewahrt seinen Bewohnern seit 70 Jahren den längsten Frieden in der Geschichte des Kontinents. Das ist tausendmal mehr wert als aller mehr oder minder berechtigter Ärger über die Gemeinschaft. Und gerade für uns Deutsche ist es das beste Argument für jeden, am 25. Mai für Europa zu stimmen.

Die beste Wahl am 25. Mai ist wählen gehen. Frieden wählen. Das wünscht Ihnen und uns allen

Peter Schmalz
Chefredakteur

Seite 1:

Unser Titelbild zeigt Karl den Großen in einer um 1350 geschaffenen Büste aus der Aachener Domschatzkammer. In dem Reliquiar aus vergoldetem Silber wird die Schädeldecke des mächtigen Frankenkaisers aufbewahrt.

AKTUELLES

Vorwort	3
Kurz gemeldet	29
Buchbesprechungen	34
Veranstaltungsvorschau 2014/15	39

POLITIK UND WIRTSCHAFT



<i>Peutinger-Interview mit Günther Oettinger</i> Strompreis gefährdet Arbeitsplätze	5
Franz-Christoph Zeitler Pacta sunt servanda	8
Hugo Müller-Vogg Zwischenetappe	10
Super plus Risiko	11
Shi Mingde Perlen am Himmel	12

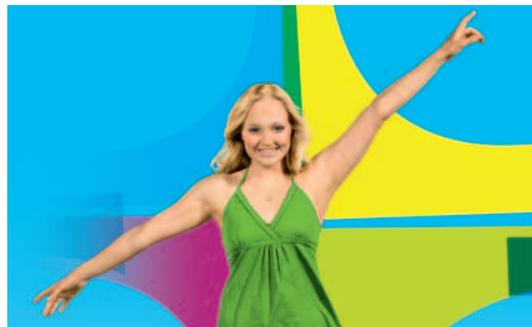


<i>Peutinger-Interview mit Ulrich Schürenkrämer</i> Dahoam is dahaom	15
Dieter J. Weiß Sinnloses Blutvergießen	18
Michael Kerkloh Zukunfts-Piste	21

KULTUR



Klaus G. Förg Schatten im Paradies	22
--	-----------



Alois Glück Brücken bauen	25
Stefan Weinfurter Kaiser macht schlau	26
<i>Peutinger-Interview mit Harald Wohlfahrt</i> Spiel der Aromen	30
Buchbesprechungen	34

PEUTINGER-COLLEGIUM

Meldungen	35
------------------	-----------



Vortragsabende des Peutinger-Collegiums	
Shi Mingde	36
Hans-Lothar Domröse	36
Stephan Gemkow	36
Kurt Bock	36
Aus dem Peutinger-Collegium	38

Strompreis gefährdet Arbeitsplätze

EU-Kommissar Günther Oettinger mahnt im *Peutinger*-Gespräch: Hohes Risiko

Eine „echte Revolution“ sieht der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger auf den globalen Energiemärkten, nachdem immer mehr Länder Schiefergas durch Fracking gewinnen. Wenn Europa nicht Chancen und Risiken dieser Technologie nüchtern abwägt und eigenes Potential nutzt, könnte es in einigen Jahren isoliert sein, warnte Oettinger im Gespräch mit *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz. Schon jetzt sei der Strompreis in Deutschland eine Gefahr für die Arbeitsplätze. Einen Gas-Krieg mit Russland erwartet der europäische Energie-Kommissar nicht: Russlands Präsident Putin brauche die Einnahmen aus den Energie-Exporten für seinen Staatshaushalt.

Der Peutinger: Zwischen dem 22. und 25. Mai sollen Europas Bürger ein neues Parlament wählen. Erwarten Sie eine Denkmittelwahl?

Günther Oettinger: So schlimm die Ukraine-Krise ist, so sehe ich doch zumindest eine positive Auswirkung auf die Wahl: Der Wähler werden ihre Entscheidung bewusster treffen und mit Sicherheit nicht „Denkmittel wählen“. Sie werden überlegen, wer in Europa Verantwortung übernehmen kann, beziehungsweise wer die Autorität und die Erfahrung hat, dafür zu sorgen, dass Europa gegenüber anderen Wirtschaftsräumen nicht ins Hintertreffen gerät.

Warum ist die Euroskepsis so verbreitet? Gibt es zu viel Bürokratie?

Das Zusammenspiel von 28 Mitgliedstaaten in der EU braucht klarerweise Normen und Regeln, ohne die geht es nicht. Aber wir haben uns zum Teil um Dinge gekümmert, die nicht unbedingt europäisch geregelt werden müssen. Deswegen sind wir ja auch dabei, den Rechtsbestand der EU zu überprüfen. Wir müssen uns entscheiden: Was muss man einheitlich regulieren, was überhaupt nicht und was zumindest nicht auf EU-Ebene. Es ist für die Akzeptanz der EU entscheidend, auf Basis →

Sieht in Fracking eine Revolution auf dem Energiesektor: Günther Oettinger, 60, war CDU-Ministerpräsident in Baden-Württemberg und ist seit Februar 2010 EU-Kommissar für Energie. Sollte er nach der Europawahl der nächsten Kommission nicht mehr angehören, plant Oettinger einen Wechsel in die Politik. Für die deutsche Politik habe er keine Pläne.

des geltenden Vertrags Prioritäten zu setzen und umgekehrt auch Nicht-Handlungsgebiete zu definieren. Wir können uns nicht auf allen Plätzen tummeln.

Sie haben die Krimkrise erwähnt. Droht uns ein Energie-Krieg mit Russland? Mit Sanktionen und Gassperren?

Die Situation auf der Krim und in der Ukraine stellt unsere Partnerschaft mit Russland auf den Prüfstand. Ich rate aber von aggressiven Konsequenzen wie der völligen Aufgabe des Dialogs mit Russland ab. Die Energie-Partnerschaft mit Russland wurde im Kalten Krieg begründet und hat viele Jahre unbeschadet überstanden. Die Abhängigkeit im Gasbereich ist im Übrigen eine Gegenseitige: Die EU bezieht einen erheblichen Teil ihres Erdgases von Gazprom. Der russische Staatshaushalt wiederum braucht die Einnahmen aus diesen Exporten. Aus all diesen Gründen bin ich dafür, dass Erdgas auf unserer Liste möglicher Sanktionen ganz unten stehen, beziehungsweise ausgeklammert werden soll.

Immerhin sind zwei Sanktionsstufen schon gezündet. Und sie haben Wirkung gezeigt. Die Kurse an der Moskauer Börse sind eingebrochen, der Wert des

Rubels gesunken, die Kreditwürdigkeit Russlands hat sich verschlechtert. Daher ist es richtig, auch Wirtschaftssanktionen für den Fall einer weiteren Eskalation vorzubereiten. Damit sich Wladimir Putin nicht ermuntert fühlt, andere Nachbarregionen in den Blick zu nehmen.

Aber in Ihrem Bereich Energie sitzt Putin am längeren Hebel.

Das mag auf den ersten Blick so erscheinen. Es geht vor allem um Öl und Gas. Wollte Putin am Ölhahn drehen, wäre das für uns nicht so problematisch, da wir einen funktionierenden Weltmarkt für Öl haben. Wir könnten auf andere Angebote ausweichen, müssten allerdings mit einem steigenden Ölpreis rechnen.

Beim Gas wäre es schon heikler.

Ich rate von Panik ab. Es gibt keine Anzeichen, dass man den Gassektor zu einem Instrument der Politik machen will. Wie gesagt, die Gaslieferungen sind in beidseitigem Interesse.

Und wenn sich das plötzlich ändert?

Dann haben wir erst einmal Lieferverträge mit einem Frühwarnsystem. Jeder Partner muss den anderen informieren, bevor es zur Unterbrechung bei der Gaslieferung kommt. Zudem brauchen wir im Frühjahr weniger Gas für Wärme und Strom. Nach dem milden Winter haben wir zudem mehr Gas in den EU-Speichern als vor einem Jahr. Außerdem haben wir die Lehren aus der Gas-Krise 2009 gezogen: Es gibt jetzt mehr Leitungen und bessere Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten, sodass sie sich im Ernstfall gegenseitig aushelfen können.

Aber einige unserer Gasspeicher werden gerade an Russland verkauft.

Auf die Idee, deutsche Gasspeicher an Gazprom zu verkaufen, wäre ich nicht gekommen. Für das Ludwigsburger Unternehmen BASF, das im Gegenzug besseren Zugang zu sibirischen Gasfeldern erhält, mag das ein gutes Geschäft sein, es erleichtert aber nicht die europäische Aufgabe.

Müssen wir uns nach neuen Partnern umsehen?

Es ist unser Ziel, die Lieferländer zu diversifizieren und so die Energieabhängigkeit von Russland langfristig zu verringern. Deswegen ist der Ausbau des südlichen Korridors so wichtig, die direkte Verbindung zu Gasfeldern in Aserbaidschan wird 2019 kommen. Wir planen neue schiffsfähige Flüssiggas-Terminals, um gegebenenfalls Gas aus Nigeria, Libyen und Katar oder den USA zu beziehen. Im Sommer wollen wir in Malta eine Konferenz organisieren, um die besten Transportwege für Gas aus dem östlichen Mittelmeer auszuloten. Aber so, wie unser Straßennetz über Jahrzehnte entstand, braucht es nun auch etwas Zeit, um das Strom- und Gasnetz voll auszubauen.

Amerika macht sich gerade mit Fracking unabhängig von Gasimporten.

Wir erleben in den globalen Energiemärkten eine echte Revolution. Die Amerikaner werden 2017 womöglich mehr Gas produzieren als der bisherige

Werbung ist notwendig: Bei der letzten Europawahl 2009 gingen nur 43,3 Prozent der Bundesbürger zur Urne, diesmal wird eine noch niedrigere Wahlbeteiligung befürchtet.

**NUTZEN SIE IHRE STIMME!
ENTSCHEIDEN SIE, WER EUROPA GESTALTET!**

TRISH, UNTERNEHMERIN
TOM, LANDWIRT
RICARDO, RENTNER
JENS UND SESEL, DESIGNER
MAGDALENA, FABRIKARBEITERIN
RUDI UND WEGENE, PAAR
DINA, VADIMS, MATVEJS UND KSENJA, FAMILIE
ALIKI, STUDENTIN

**EUROPAWAHL
25. MAI 2014**
WWW.WAHLEN2014.EU
#EP2014

**EUROPEAN COUNCIL
HANDELN.
MITMACHEN.
BEWEGEN.**



Das Gas wird weiter aus dem frostigen Sibirien in den Westen strömen, meint EU-Kommissar Oettinger. Denn Putin braucht die Milliarden-Einnahmen für seinen Staatshaushalt.

Marktführer Russland. Sie werden 2020 vielleicht auch mehr Öl produzieren, als der bisherige Marktführer Saudi-Arabien. Die USA werden zunehmend autark, und sie werden nicht allein bleiben. Die nächste Revolution, mit unkonventioneller Technik Gas und Öl zu produzieren, wird in China kommen, Südamerika bereitet sich vor, Australien ist jetzt schon starker Player. Das heißt, Europa kann in einigen Jahren isoliert sein, wenn wir nicht die Chancen und Risiken nüchtern abwägen und eigenes Potential nutzen.

In Deutschland wird Fracking strikt abgelehnt.

Deutschland muss aufpassen, seine Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen. Wem es gut geht, der hat gern Flausen im Kopf. Schon jetzt sehen wir eine schleichende Deindustrialisierung, dazu kommen ein zu frühes Renteneintrittsalter und hohe Energiepreise. In dieser Lage Fracking von vornherein auszuschließen, halte ich für einen Fehler, wir sollten uns die Option offenhalten. Unternehmen in der EU zahlen drei-bis viermal so viel für Gas wie ihre Mitbewerber in den USA – und doppelt so viel für Strom. Die Kluft bei den Energiepreisen droht zunehmend zu einem Wettbewerbsnachteil zu werden, besonders für energieintensive Unternehmen. Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, um die Industrie – auch die industrieintensive – in Deutschland zu halten und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Aber die Menschen fürchten, das Grundwasser könnte vergiftet werden.

Natürlich hat der Schutz des Grundwassers und des Trinkwassers absoluten Vorrang. Aber wir sollten an geeigneten Orten Demonstrationsprojekte zulassen, bei denen die neueste Generation der Fracking-Technologie zum Einsatz kommt. Das Fracking von heute ist nicht mehr mit den Anfängen dieser Technik vergleichbar. Bei Fracking-Referenzanlagen könnten die besten Anlagenbauer, Ingenieure und Geologen der Welt zeigen, wie unter höchstmöglichem Umweltschutz eine sehr wertvolle Energiereserve genutzt werden kann. Auf dieser Grundlage könnte sich die Bevölkerung dann ein solides Urteil über die Vorteile und die Risiken dieser Technologie bilden. Wir sollten das Thema Fracking nicht vorschnell unseren Vorurteilen opfern.

Die Heizkosten werden nach diesem milden Winter gering sein, aber die Strompreise steigend unaufhaltsam. Ein Problem?

Der deutsche Strompreis zählt zu den höchsten in Europa. Wobei 52 Prozent des deutschen Strompreises Steuern und Abgaben sind – auch das ist ein Spitzenwert in Europa. Hier entstehen hohe Risiken für Arbeitsplätze in den energieintensiven Unternehmen. In Berlin hat man in der Vergangenheit eine beachtliche Kreativität bei der Erfindung neuer und höherer Steuern und neuer und höherer Abgaben an den Tag gelegt. Darin liegt die eigentliche Belastung für die Unternehmen. Deshalb ist es nun Sache der Politik in Deutschland, den Strompreis zu deckeln.

Vor allem Strom von Wind und Sonne, beziehungsweise die Förderung dafür, treibt die Rechnung hoch. Ist das EEG ein Fehler?

In den ersten Jahren war für Förderung von Ökostrom eine gute und notwendige Idee. Doch mittlerweile haben die erneuerbaren Energien einen so hohen Marktanteil, dass sie weitgehend ohne Förderung auskommen.

Die Förderung also einstellen?

Wir müssen die Reihenfolge ändern: Erst müssen die Stromnetze ausgebaut und parallel dazu neue Speicherkapazitäten entwickelt werden – dann erst hat es Sinn, die Errichtung neuer Solar- und Windanlagen zu fördern. Es nützt wenig, die Produktion von Ökostrom finanziell zu unterstützen, der aber gerade nicht gebraucht und deshalb ins Ausland verschenkt wird. Wir brauchen dringend mehr Speicher. Gegenwärtig können sämtliche Pumpspeicherkraftwerke der EU den Strombedarf nur für 24 Minuten decken.

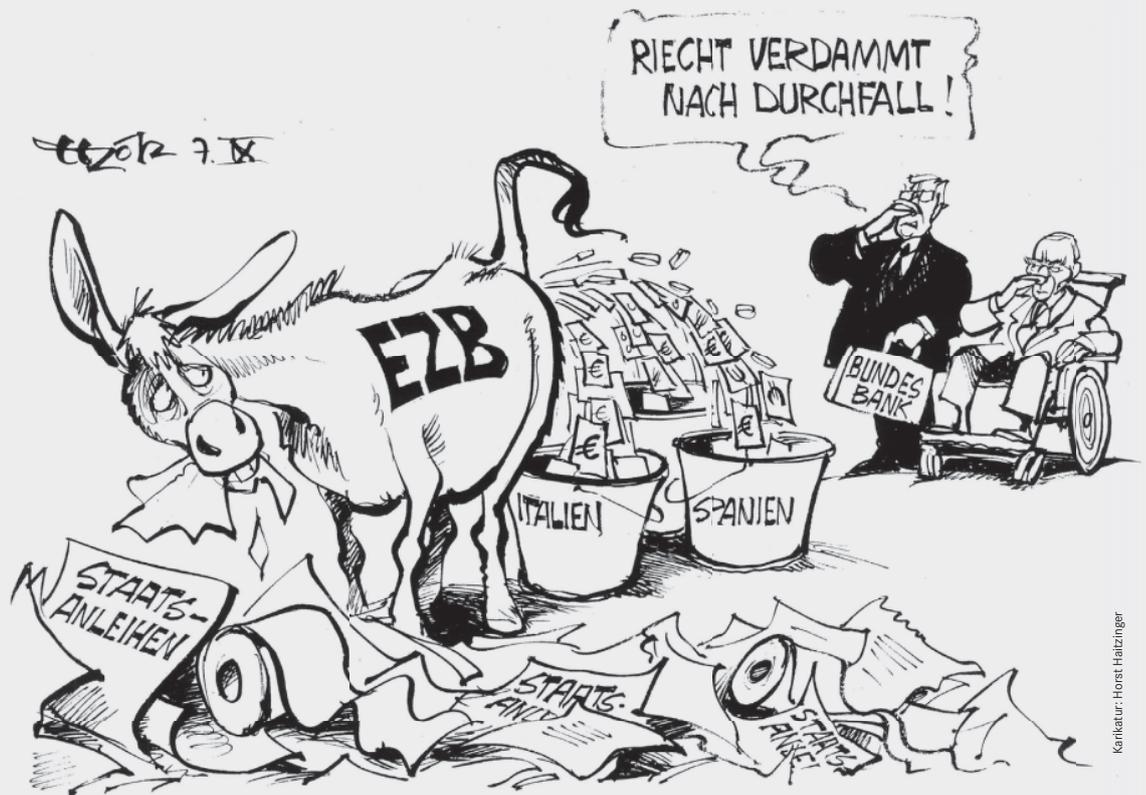
Herr Oettinger, nach der Europawahl wird eine neue Kommission ins Amt kommen. Wären Sie gerne fünf weitere Jahre dabei und dann in welchem Bereich?

Ich bereite mich auf beides vor. Ich kann mir vorstellen, in die Wirtschaft zu gehen, natürlich nicht, in den Energiebereich, sondern in einen anderen. Andererseits bin ich sehr gerne hier, und wenn der Wahlausgang entsprechend ist und mich die Bundesregierung wieder vorschlagen will, dann bin ich gerne bereit, in der Kommission zu bleiben. ▲

Im Europaparlament vertreten zurzeit 766 Abgeordneten 507 Millionen Bürger aus 28 EU-Mitgliedsstaaten. Deutschland stellt 99 Abgeordnete, darunter 42 von CDU/CSU und 24 von der SPD. Mit 274 Sitzen ist die konservative EVP stärkste Fraktion, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 195 Parlamentariern.

Pacta sunt servanda

Bundesverfassungsgericht pocht auf Vertragstreue auch bei der EZB



Franz-Christoph Zeitler

Dank der EZB-Zusage erhalten die Euro-Schuldenstaaten billige Milliarden, doch der Reformeifer sinkt bedrohlich.

Von „Amtsanmaßung“ und „Verfassungsrichter auf dem Holzweg“ war in Medien zu lesen, nachdem das Bundesverfassungsgericht seine lang erwartete Entscheidung zur Europäischen Zentralbank verkündet hatte. Dabei ging es um den EZB-Beschluss von 2012, notfalls Staatsanleihen von Mitgliedsstaaten des Euroraumes zu kaufen, die in den Strudel der Staatsschuldenkrise geraten sind. Anstoß erregte der Karlsruher Gerichtsbeschluss, die europarechtlichen Fragen dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen, übersehen oder nur gering gewichtet wurden dabei jedoch, die deutlichen inhaltlichen Vorgaben, die Karlsruhe in das „Marschgepäck“ nach Luxemburg gepackt hat. Ich sehe aber gerade darin einen Meilenstein für die Wahrung des Rechts in der Europäischen Union und zur Achtung geschlossener Verträge zur Währungsunion.

Dafür gibt es gewichtige Gründe. Der zentrale ist die Verlässlichkeit. Die Europäische Union mit ihrer historisch gerade für Deutschland überragenden Bedeutung als Freiheits- und Friedensgemeinschaft beruht auf der Bereitschaft der Mitgliedstaaten zum Kompromiss. Der aber setzt voraus, dass die eine Seite die oft irreversiblen Zugeständnisse – wie etwa Hoheitsübertragungen – macht, auf rechtlich bindende Zusagen der anderen Staaten vertrauen

kann und nicht fürchten muss, dass diese im ersten Sturm einer Krise weggeschoben werden. So ist auch das Maastricht-Konzept zur Europäischen Währungsunion ein solcher Kompromiss: Der gerade in Deutschland vor dem Hintergrund der Erfolgsgeschichte der DM nicht leicht zu vermittelnde Übergang zur einheitlichen europäischen Währung wurde deshalb mit einer währungspolitischen Konzeption verknüpft, die zentrale Elemente der erfol-

reichen deutschen Stabilitätspolitik unverrückbar in den europäischen Verträgen als Primärrecht verankert hat. Dieses kann nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten und Parlamente geändert werden.

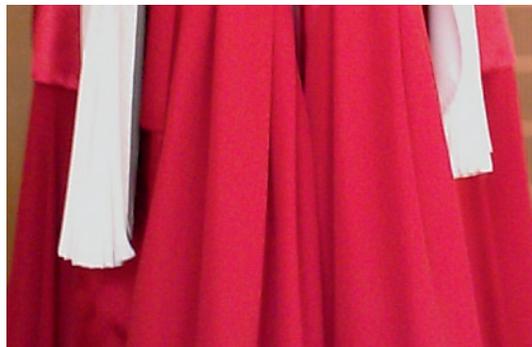
Zu den Grundpfeilern der Währungsunion gehört das Prinzip der finanzpolitischen Eigenverantwortung (keine Schuldengemeinschaft oder zwischenstaatlicher Finanzausgleich), die Verpflichtung auf eine solide Haushaltspolitik und nicht zuletzt ein Verbot der sogenannten monetären Staatsfinanzierung, also der Finanzierung staatlicher Defizite durch Geldschöpfung der Notenbanken.

Diese rechtlichen Leitplanken des Maastricht-Konzepts werden abgestützt durch das im Europäischen Unionsvertrag verankerte Prinzip der beschränkten Einzelermächtigung: Danach werden den europäischen Institutionen zwar weitreichende Kompetenzen übertragen – so der EZB die gesamte Geldpolitik –, sie haben aber keine „Kompetenz-Kompetenz“, sie können also nicht die Grenzen ihrer eigenen Befugnisse bestimmen und ausdehnen. Also nicht nach dem Motto „Not kennt kein Gebot“, sondern Glaubwürdigkeit und Vertrauen der europäischen Institutionen gerade durch Beachtung der Spielregeln auch in Konfliktfällen“.

Auf das konkrete Verfassungsrecht übersetzt heißt dies zwar, dass europäische Rechtsakte (Verordnungen, Richtlinien ebenso wie Beschlüsse der EZB) nationalem Recht vorgehen, aber eben nur, soweit sie sich innerhalb der übertragenen Kompetenzen bewegen. Entgegen manchen Darstellungen in der Öffentlichkeit ändert daran auch das wichtige Prinzip der Unabhängigkeit der EZB nichts – denn die Unabhängigkeit betrifft naturgemäß nur die Art der Aufgabenerfüllung, nicht die Definition der Aufgabe selbst. Ob im Einzelfall Maßnahmen der europäischen Institutionen außerhalb der übertragenen Kompetenzen sind, können neben den europäischen Instanzen auch die nationalen Verfassungsgerichte überprüfen, da sich sonst die europäische Ebene die Kompetenz-Kompetenz anmaßen könnte, die sie nach dem erklärten Willen der Mitgliedstaaten gerade nicht haben soll.

Bei der inhaltlichen Bewertung des EZB-Programmes zum Kauf von Staatsanleihen (OMT) vertritt das Bundesverfassungsgericht mit der großen Mehrheit von 6:2 Richtern wesentliche Kritikpunkte, die in der mündlichen Verhandlung neben den Beschwerdeführern auch von Bundesbankpräsident Weidmann und anderen Sachverständigen, darunter dem Autor dieses Beitrags, geäußert wurden: So geht der Kauf von Staatsanleihen über die währungspolitischen Kompetenzen der EZB hinaus; denn eine Stützung einzelner Mitgliedsstaaten durch Kreditgewährung – und nichts anderes ist der Erwerb von Staatsanleihen – und die Verknüpfung dieser Hilfsmaßnahmen mit wirtschaftspolitischen Auflagen ist eine Angelegenheit der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den hierfür geschaffenen Institutionen wie dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit seiner

politischen und parlamentarischen Anbindung an die Mitgliedstaaten vorbehalten ist. Vor allem steht die von vielen Sachverständigen kritisierte „Selektivität“ des OMT-Programms, also die Unterstützung einzelner Staaten, im Widerspruch zur Einheitlichkeit der europäischen Geldpolitik. Darüberhinaus darf das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbanken nicht dadurch umgangen werden, dass die EZB die Anleihen nicht unmittelbar vom kredit-suchenden Staat, sondern unter Zwischenschaltung anderer Stellen (Banken) erwirbt. Auf der Basis dieser klaren Grundsätze eröffnet das Bundesverfassungsgericht dem EuGH eine Brücke der „europarechtskonformen Auslegung“ des EZB-Beschlusses, deren Beschreiten es dem Bundesverfassungsgericht im endgültigen Urteil ermöglichen würde, von der Feststellung einer Kompetenzüberschreitung abzusehen: Die EZB dürfte dann Staatsanleihen nur mit begrenztem Volumen erwerben; sie müsste – ähnlich wie seit jeher der Internationale Währungsfonds – auf ihrem „bevorrechtigten Gläubigerstatus“



Unter rote Roben wurde Klug gesprochen: Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts verwies die EZB-Entscheidung an die Kollegen vom Europäischen Gerichtshof, machte aber deutliche inhaltliche Vorgaben.

beharren (also keine Teilnahme an einem „Schuldenschnitt“ als offene Haushaltsfinanzierung) und müsste eine Beeinflussung der Marktpreisbildung („Spreads“) weitgehend vermeiden, in dem sie die Anleihen u.a. nicht bis zur Endfälligkeit hält. Die Marktteilnehmer hätten dann damit zu rechnen, dass entsprechend dem Grundgedanken des Verbots monetärer Staatsfinanzierung letztlich alle Anleihen vom Kapitalmarkt aufgenommen werden müssen und sich die Mitgliedstaaten deshalb durch Reformmaßnahmen um das Vertrauen der Kapitalmärkte zu bemühen haben. Umgekehrt wäre es der EZB nach diesen Kriterien im begrenztem Umfang möglich, „Signalinterventionen“ zur Dämpfung extrem überschießender Märkte vorzunehmen, ohne dass allerdings solche kurzfristigen Marktglättungen durch ständige Verlängerungen zu einer dauerhaften Staatsfinanzierung werden dürfen.

In der öffentlichen Diskussion über den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist weitgehend untergegangen, dass ähnliche Aussagen zur Kontrolle von europäischen Kompetenzgrenzen auch in der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte oder Obersten Gerichte von zehn anderen Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Italien und Spanien entwickelt wurden. Der vom Bundesverfassungsgericht beschrittene Weg entspricht also weitgehend einem gemeinsamen Verfassungs- und Vertragsverständnis in der Europäischen Union. ▲

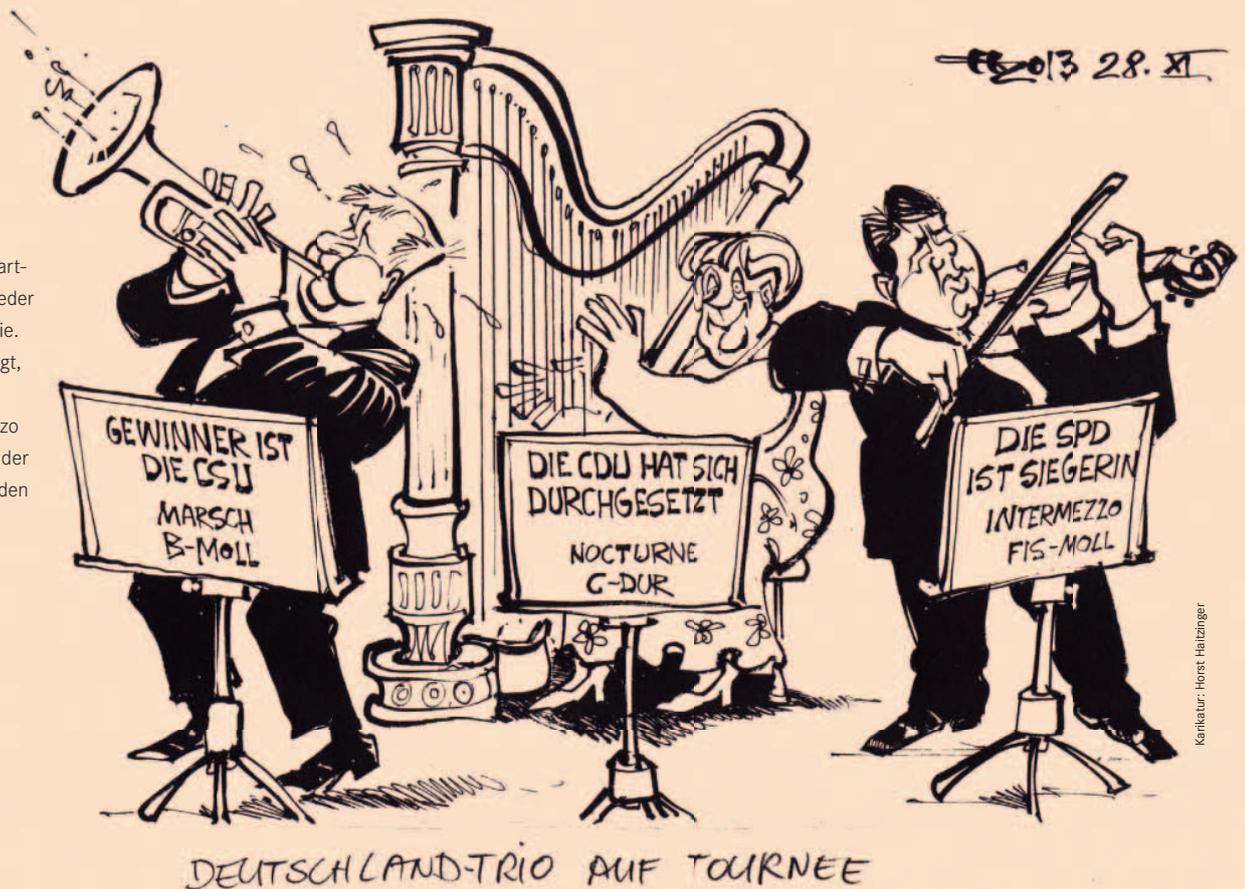


Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler war Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Bei den Verhandlungen des Bundesverfassungsgerichts zur EZB trat er als Sachverständiger auf.

Zwischenetappe

Für die SPD ist die Große Koalition nur ein Intermezzo auf dem Weg zum Wunschbündnis Rot-Rot-Grün

Jeder der drei Koalitionspartner fühlt sich als Sieger, jeder spielt seine eigene Melodie. Und SPD-Chef Gabriel zeigt, das für ihn diese Große Koalition nur ein Intermezzo ist. Ein Zwischenspiel vor der dem Wunschbündnis mit den Linken.



Karikatur: Horst Heitzinger

Hugo Müller-Vogg

Thüringen ist ein schönes Land, aber nicht das wichtigste unter den 16 Bundesländern. Doch könnte nach der Landtagswahl am 14. September in Erfurt ein neues Kapitel deutscher Politik aufgeschlagen werden: Eine rot-rote Landesregierung unter Führung der Linkspartei. Ihr Landeschef Bodo Ramelow wäre dann der erste frei gewählte sozialistische Regierungschef in der Geschichte der Bundesrepublik.



Im Bundestagswahlkampf war Rainer Brüderle Kopf und Gesicht der FDP. Im Gespräch mit unserem Autoren Hugo Müller-Vogg spricht er erstmals offen, selbstbewusst und auch selbstkritisch über die Niederlage wie über die politisch motivierten Sexismus-Vorwürfe. (Rainer Brüderle – Jetzt rede ich! Olzog-Verlag, München, 150 S., 14,95 €)

Möglich gemacht hat das Sigmar Gabriel. Der Koalitionsvertrag für Schwarz-Rot war noch nicht ausgehandelt, da ließ der SPD-Chef den Parteitag bereits die prinzipielle Öffnung seiner Partei zur einstigen PDS beschließen – nicht nur im Osten, sondern auch im Westen und zudem mit der Möglichkeit, dass die SPD sich in einem rot-roten Bündnis mit der Rolle des Juniorpartners bescheidet.

Die Große Koalition ist noch kein halbes Jahr im Amt, da denken die Sozialdemokraten schon laut

darüber nach, mit wem sie spätestens 2017 koalieren könnten. Weil es auf Bundesebene keine realistische Chance für Rot-Grün gibt, spielt Rot-Rot-Grün in den Machtträumen der SPD eine immer größere Rolle.

Die Genossen malen sich nicht nur eine neue heile linke Welt aus, sie arbeiten auch dafür. Keine Woche vergeht, ohne dass der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner der Linkspartei Avancen macht. Und Stegner ist nicht irgendwer. Ihn hätte Gabriel am liebsten zu seinem Generalsekretär gemacht, was aber nicht

ging, weil aus Proporzgründen eine Frau auf diesen Stuhl musste. Deshalb darf man getrost davon ausgehen, dass Stegners lautes Nachdenken über Rot-Rot-Grün von seinem Chef Gabriel wohlwollend betrachtet wird.

Die Sozialdemokraten tun noch mehr für neue Mehrheiten. Es handelt sich um das, was man im Kalten Krieg „vertrauensbildende Maßnahmen“ nannte. Es geht darum, sich durch Gespräche besser kennenzulernen und sich so näher zu kommen. Das gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen SPD und Linkspartei. Denn vor allem beim rechten Flügel der Sozialdemokraten gibt es noch immer Vorbehalte gegen Gysi & Genossen, wenn auch immer weniger.

Um diese abzubauen, hat die „Parlamentarische Linke“ schon vor einiger Zeit eine Diskussion mit den parlamentarischen Geschäftsführern der drei potentiellen Koalitionspartner veranstaltet. Dem folgten die „Netzwerker“ innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion mit ihrer Einladung an Gregor Gysi, um mit ihm über Gemeinsamkeiten und Trennendes zu diskutieren. Wobei man wissen muss, dass die eher pragmatisch orientierten „Netzwerker“ zwischen dem „rechten“ Seeheimer Kreis und der „Parlamentarischen Linken“ innerhalb der Fraktion stehen.

Der Gysi-Termin wurde wegen der Krim-Krise abgesagt, wird aber sicher in absehbarer Zeit nachgeholt. Die Moskau-treue Politik der Linkspartei hätte wohl zu einer heftigen und kontroversen Dis-

kussion geführt. Das wollte man lieber vermeiden. Warum sich streiten, wenn man auf mittlere Sicht gemeinsame Sache machen will?

Rot-rote und rot-rot-grüne Lockerungsübungen sind nichts Neues. Bereits seit 2008 tritt die „Denkfabrik“ innerhalb der SPD-Fraktion, ein Zusammenschluss meist jüngerer linker Abgeordneter und Fraktionsmitarbeiter, für Rot-Rot-Grün ein. Sie hält auch regelmäßig Kontakt zu grünen und linken Befürwortern einer neuen Links-Konstellation. Der inzwischen verstorbene Fraktionsvorsitzende Peter Struck hatte damals solche Aktivitäten scharf kritisiert. Inzwischen genießen diese den Segen einer Spitzengenossin: Die Geschäftsführerin der „Denkfabrik“, Angela Marquardt, ist zugleich Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro von Arbeitsministerin Andrea Nahles.

Da gibt es nichts herumzudeuteln: Die Sozialdemokraten betrachten die Große Koalition nicht als ein notwendiges und sinnvolles Bündnis auf Zeit, sondern als lästige Zwischentappe. Fragt sich nur, ob diese Intermezzo wirklich bis 2017 dauert. Zurzeit sprechen die Umfragen aus rot-rot-grüner Sicht gegen vorzeitige Neuwahlen. Solange das so bleibt, wird die SPD ihre Doppelstrategie beibehalten: so viel pragmatische Zusammenarbeit mit der Union wie nötig, so viel Flirten mit der Linken wie möglich. Sollte sich jedoch die politische Stimmungslage – aus welchen Gründen auch immer – zugunsten von Rot-Rot-Grün ändern, würde die SPD die Große Koalition schon vor 2017 platzen lassen. Die Mathematik ist dabei auf ihrer Seite: Rot-Rot-Grün hat schon jetzt im Bundestag eine rechnerische Mehrheit. ▲



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg arbeitet als Publizist in Berlin. www.hugo-mueller-vogg.de

Super plus Risiko

Bestnoten für Deutschland – aber dunkle Wolken drohen

Dem Land geht es super. „Deutschland ist inzwischen in eine absolute internationale Spitzengruppe vorgerückt“, lobt eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung. Darin werden in 41 Ländern die Kennziffern für nachhaltiges Regieren („Sustainable Governance Indicators“) ermittelt.

Lag Deutschland bei früheren Untersuchungen zumeist im Mittelfeld und weit hinter den führenden Skandinaviern, so haben sie nun an die Spitzengruppe aufgeschlossen. Positiv vermerkt wird: Geringe Kriminalität, sinkende Arbeitslosigkeit besonders bei jungen Menschen, stabile Preise und ein ausgeglichener Staatshaushalt. „Deutschlands sehr robuste Arbeitsmarktsituation ist der Schlüsselfaktor für die in vielen weiteren Politikfeldern“ erkennbaren Verbesserungen, schreiben die Bertelsmann-Forscher. Das Land gibt viel Geld für Forschung aus und versteht es, mit Steuern und Sozialleistungen die Ungleichheit zurückzudrängen.

Der Erfolg der Politik wird an zahlreichen Feldern gemessen. Dazu gehören die Zahl der Kinder und der Umgang mit der Umwelt, die Armut und die Integration von Ausländern. Aber auch der Kampf gegen die Korruption und die Möglichkeit der Bürger, ihre Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.



Insgesamt hat sich Deutschland auf Platz 6 vorgearbeitet. Vor Großbritannien (8), Frankreich (14) und die USA (28). Weit abgeschlagen liegt die Türkei auf Platz 40 – und die Untersuchung lief noch vor dem antidemokratischen Paniklauf von Ministerpräsident Erdogan.

Allerdings drohen Gefahren durch die aktuelle Politik der Großen Koalition. Die von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles betriebene Rente mit 63 (Bild) konterkariert eine positive Entwicklung. Arbeiteten bei der letzten Studie vor zehn Jahren weniger als 40 Prozent der 55- bis 65-Jährigen, so waren es jetzt schon fast 60 Prozent. Nun aber ist durch die Rente mit 63 eine neue Welle von Frühverrentung zu befürchten. Dabei kommen in Deutschland auf 100 Menschen im arbeitsfähigen Alter bereits 32 Rentner, ein Rekord, der weltweit nur noch Japan übertroffen wird. Hier liegt die Türkei mit nur 11 Rentnern am anderen Ende der Skala. ▲

Perlen am Himmel

Chinas Zukunft und die chinesisch-deutschen Beziehungen

Shi Mingde

Chinas wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 35 Jahre gleicht einem Wunder. Seit die chinesische KP 1978 den Reformprozess begonnen hatte, wuchs die Wirtschaft der Volksrepublik jährlich um bis zu zehn Prozent. Die Folge ist eine weltweit einmalige Entwicklung: 250 Millionen Menschen wurden aus der Armut herausgeführt, das Pro-Kopf-Einkommen verdreifachte sich von 200 auf 6.000 US-Dollar (2012). Es gibt heute eine Milliarde Handynutzer in China, 96.000 Kilometer Autobahn und gut 10.000 Kilometer Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecken. Das ist etwa die Hälfte der globalen Streckenlänge. Die Volksrepublik stieg zur größten Exportnation auf und steht auch mit seinen Devisenreserven an erster Stelle.

Fakten, die deutlich zeigen: China hat einen sozialistischen Weg mit chinesischen Charakteristiken gefunden. Und weil China reformiert und sich öffnet, erneuert und verbessert sich auch das politische und wirtschaftliche System. Mit dem Beitritt zur WTO wurde aus einem Zuschauer des internationalen Marktes ein Mitspieler und Regelgestalter. China leistet seinen Beitrag zur Globalisierung und gewinnt auch durch sie. Aber mit der Entwicklung Chinas ist es wie mit dem Bergsteigen: Je näher man dem Gipfel kommt, umso anstrengender wird es.

Die tiefgreifenden Veränderungen der vergangenen 35 Jahre haben gewaltige Erfolge gebracht, gleichzeitig aber sieht sich China mit komplizierten Herausforderungen konfrontiert. Die vier dringendsten sind:

- Das Pro-Kopf-Einkommen ist zwar stark gewachsen, liegt aber bei nur einem Siebtel des deutschen Werts. China ist immer noch ein Entwicklungsland; um das Niveau von Europa und Nordamerika zu erreichen, sind noch die Anstrengungen mehrerer Generationen notwendig.
- Erdöl, Erdgas und wichtige Bodenschätze müssen zu über 50 Prozent importiert werden. Unsere extensive Wirtschaftsweise mit hohem Ressourcen-Verbrauch kann so nicht weitergehen. Vor allem die gravierenden Umweltbelastungen nicht nur in den Städten erfordern sofortige Gegenmaßnahmen.
- Das Einkommen der Menschen auf dem Land beträgt nur ein Drittel im Vergleich zur städtischen Bevölkerung. Die am wenigsten entwickelten Gebiete hinken den am stärksten entwickelten Gebieten um mindestens 20 Jahre hinterher.
- Die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft haben sich deutlich vermehrt. Es gibt viele Probleme bei der sozialen Sicherung, der Lebens- und Arzneimittelsicherheit sowie beim Rechtsvollzug. Korruption ist weit verbreitet, wodurch die Glaubwürdigkeit von Partei und Regierung geschädigt wird. Als Folge der Familienplanungspolitik altert Chinas Bevölkerung rasch, das Land sieht sich dem Problem gegenübergestellt, „alt zu werden, bevor man reich ist“.

Chinas weitere Entwicklung wird hauptsächlich entschieden durch die Art und Weise, wie das neue Führungskollektiv mit Generalsekretär Xi Jinping, das aus dem 18. Parteitag vor einem Jahr hervorging, diese Herausforderungen bewältigt. Für Chinas Zukunft wurde das Ziel „Zweimal hundert Jahre“ festgelegt. Bis 2020, wenn die KP Chinas hundert Jahre alt wird, sollen sich das nationale BIP und das Jahreseinkommen der Bürger verdoppeln, das landesweite Ziel ist eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“. Und bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, wenn das Neue China hundert Jahre alt wird, soll ein starkes und demokratisches, zivilisiertes und sozialistisches Land aufgebaut sein, mit dem der „chinesische Traum“ einer großen Renaissance der chinesischen Nation verwirklicht wird.

Das zurückgebliebene China soll sich in ein modernes Land auf Augenhöhe mit anderen Ländern verwandeln.

Ein wichtiger Schritt dazu ist die Planungsschrift, die Ende vergangenen Jahres das dritte Plenum des 18. ZK der KP Chinas vorgelegt hat. Sie umfasst 15 Sachgebiete, 55 große Reformaufgaben und mehr als 300 wichtige Reformmaßnahmen, die jeden einzelnen Chinesen betreffen. Ihre Umsetzung wird China gewaltig verändern. Sie sind, so der Direktor des Berliner Chinaforschungszentrums der Mercator Stiftung, Professor Sebastian Heilmann, die umfassendsten, konkretesten und ambitioniertesten Reformbeschlüsse der chinesischen KP seit 1978.

Auch hier halte ich vier Punkte für besonders bemerkenswert:

- Früher war Reformieren verbunden mit einem vorsichtigen Abtasten auf der Suche nach dem richtigen Weg, diese Mal zeigt ein Entwurf deutlich Richtung und Ziel, Aufgabe und Ablaufplan.
- Die Schwerpunkte sind klar hervorgehoben. Das Wirtschaftssystem, in dessen Bereich die Hälfte der Reformaufgabe fällt, wird als Zugpferd für Reformen in anderen Bereichen genutzt. Der Markt soll seine „Entscheidungsfunktion“ entfalten können, die Eingriffe des Staates sind so weit wie möglich zu verringern. Wir müssen den Aufbau von gerechten, offenen und transparenten Marktbedingungen forcieren, ein neues System einer offenen Wirtschaftsform aufbauen und das Finanzmarktssystem verbessern.
- Es werden praktikable Lösungsvorschläge für die gesellschaftlichen und ökologischen Probleme aufgezeigt. Wir wollen die Urbanisierung voranbringen, den Anteil mittlerer Einkommen erhöhen, ein noch gerechteres und nach- →



© picture alliance / Sven Simon

Für China ist Deutschland der wichtigste Partner in Europa: Chinas Staatspräsident Xi Jinping kürzlich zu Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin.

Extrem gefährlich: Der Smog in Chinas Millionenstädten macht die Bürger krank und schadet dem Ansehen der Regierung. Massive Maßnahmen für bessere Luft sind angekündigt.





Verwirrend und faszinierend zugleich: Werbeschriften in einer Straße von Shanghai.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden 250 Millionen Chinesen aus der Armut herausgeführt.



Shi Mingde ist seit August 2012 Botschafter der Volksrepublik China in Berlin. Er studierte in Ostberlin und hatte mehrere diplomatische Posten an der chinesischen Botschaft in Bonn und Berlin inne. Der Diplomat ist verheiratet und gilt als bester Deutschland-Kenner in China.

haltigeres soziales Absicherungssystem aufbauen, die Familienplanung neu justieren und langfristig eine ausgewogene Entwicklung der Bevölkerung fördern. Der CO₂-Ausstoß soll drastisch gesenkt und der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 von 10 auf 15 Prozent erhöht werden.

- Die Reform des politischen Systems soll vertieft und ein rechtsstaatliches China aufgebaut werden. Die gesetzliche Absicherung der Menschenrechte wird verbessert, das System der Umerziehung durch Arbeit abgeschafft und die Verhängung der Todesstrafe schrittweise vermindert. Ein gerechtes und hocheffizientes Justizwesens soll jedem Bürger das Gefühl von Gerechtigkeit und Fairness geben.

Außenpolitisch öffnet sich China immer mehr, sucht dabei Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit und hegt keinerlei Absicht, Konfrontationen hervorzurufen. China ist in seiner Geschichte noch nie

als Aggressor in ein anderes Land eingefallen. Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und die Liebe zum Frieden bilden das Fundament der chinesischen Außenpolitik. Die Volksrepublik wird aktiv an einem neuen Modell der Beziehungen der großen Staaten arbeiten, die umfassende strategisch-kooperative und partnerschaftliche Beziehung mit Russland vorantreiben und mit den USA ein neues Modell der Beziehungen ausbauen. Dabei sollen Konflikte und Konfrontationen vermieden und im gegenseitigen Respekt so zusammengearbeitet werden, dass beide Seiten profitieren. Diplomatische Priorität aber haben die Nachbarländer. Konflikte sollen im Dialog gelöst werden, um ein noch friedlicheres, noch stabileres Umfeld zu schaffen.

Von einer guten Entwicklung Chinas, das ein Fünftel der Weltbevölkerung stellt, profitiert die ganze Menschheit. In den letzten Jahren hat die Wirtschaft der Volksrepublik mehr als 20 Prozent

zum Wachstum der Weltwirtschaft beigetragen. Chinas Importe sichern bei unseren Handelspartnern über 14 Millionen Arbeitsplätze. Die steigende Inlandsnachfrage wird ausländischen Investoren noch mehr Möglichkeiten eröffnen.

Für China und Deutschland, die sich wirtschaftlich hervorragend ergänzen, sind die Perspektiven ihrer Zusammenarbeit groß. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 42 Jahre ist das Verhältnis beider Länder so gut wie nie zuvor. Auch politisch wird das gegenseitige Vertrauen immer tiefer. China und Deutschland sind füreinander die größten Handelspartner in der jeweiligen Region: Fast ein Drittel des chinesischen Handelsvolumens mit der EU geht nach Deutschland – so viel wie Chinas Handel mit Großbritannien, Frankreich und Italien zusammen. Auch der Kulturaustausch ist rege und eng. Derzeit studieren über 30.000 chinesische Studenten in Deutschland und gut 5.400 deutsche in China.

Wobei Bayern für China immer eine höchst bedeutende Rolle gespielt hat. Das hat mit Franz Josef Strauß begonnen, der bei seinem ersten Besuch 1975 Staatsführer Mao Tse-tung getroffen und später mit Deng Xiaoping intensiv über Reformen gesprochen hat. Heute steht Bayern beim Handel mit China und bei den Investitionen in China an der Spitze der deutschen Bundesländer. Nicht nur

berühmte Unternehmen wie BMW und Audi, sondern auch viele mittelständische Unternehmen aus Bayern sind sehr aktiv auf dem chinesischen Markt. Gleichzeitig kommen immer mehr chinesische Investoren und Studenten nach Bayern.

Mit modernen Technologien und Management-

erfahrung ist Deutschland ein hervorragender Partner bei Umweltschutz, Ökonomie und Energieeinsparung. Chinas sogenannte „vier Umwandlungen“ Industrialisierung, Informatisierung, eine „Urbanisierung neuen Typs“ und die Modernisierung der Landwirtschaft können Schwerpunkte der chinesisch-deutschen Zusammenarbeit werden. Das immer mehr heranreifende „Made in China“ und das ausgereifte „Made in Germany“ könnten sich, wie es Ministerpräsident Li Keqiang mit einer chinesischen Redewendung ausgedrückt hat, so erfolgreich zusammenschließen wie „Sterne, die am Himmel eine Perlenkette bilden“.

2014 ist in China das Jahr des Pferdes. Unter den zwölf chinesischen Tierkreiszeichen steht das Pferd vornehmlich für Schnelligkeit und Erfolg. Ich bin überzeugt, dass sich die chinesisch-deutschen Beziehungen 2014 im selben Tempo entwickeln werden wie „ein schneller Renner, dem man die Gerte gibt“. ▲



Bayerischer Türöffner: Franz Josef Strauß 1975 bei Mao Zedong.

Bilder: Hams-Seidel-Stiftung

Dahoam is dahaom

Deutsche Bank stärkt Präsenz in den Regionen – Sorge um das Image der Banker

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat dem Image der Bankbranche enorm geschadet. Es sei noch viel zu tun, bis Bankfachleute wieder das Ansehen erreichen, das sie früher hatten, meint Ulrich Schürenkrämer im *Peutinger*-Gespräch. Der Manager der Deutschen Bank, zuständig für Bayern und Württemberg, sieht als wesentliches Standbein der größten deutschen Bank die stärkere Präsenz in den Regionen: „Hier wollen wir vor allem das weltweite Exportgeschäft des Mittelstands unterstützen.“

Der Peutinger: Journalisten und Politiker haben einen schlechten Ruf. Banker aber ist geradezu ein Schimpfwort geworden. Wie lebt es sich damit?
Ulrich Schürenkrämer: Wenn man in die Presse schaut, ist es im Augenblick nicht einfach. Aber wir haben

jeden Tag auch viele Kundenkontakte, und da ist die Wahrnehmung glücklicherweise eine andere. Diese Anerkennung macht uns zuversichtlich, auch die aktuell herausfordernde Zeit zu durchstehen. Aber es ist noch viel zu tun, bis wir Bankkaufleute wieder →

„Für das Ansehen der Bankkaufleute müssen wir noch viel tun“: Dr. Ulrich Schürenkrämer ist bei der Deutschen Bank Vorsitzender der neu geschaffenen Regionalen Geschäftsleitung Süd. Das Bild zeigt ihn mit dem Bank-Logo am Eingang der Münchner Niederlassung am Promenadenplatz. Nach dem Studium an der FU Berlin und der Münchner LMU promovierte Schürenkrämer 1986 zum Dr. oec. publ., er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

In Südbayern betreut die Deutsche Bank 502.000 Privat- und Firmenkunden. Das Geschäftsvolumen lag 2013 bei knapp 15 Milliarden Euro.

das Ansehen erreichen, das wir vor zehn oder 20 Jahren gehabt haben.

Momentan erleben Sie wohl einen historischen Tiefpunkt.

In der Geschichte gab es immer wieder schwierige Zeiten. In der Tat führten Fehlverhalten und Übertreibungen Einzelner mit zur Finanz- und Wirtschaftskrise, trotzdem halte ich es für falsch, dies automatisch allen 125.000 Mitarbeitern im bayerischen Bankgewerbe anzulasten.

Aber alle leiden mit.

Sie werden in gemeinschaftliche Haftung genommen, was aber nicht gerecht ist. Sie bemühen sich täglich um das Beste für ihre Kunden und engagieren sich oft auch ehrenamtlich, was aber meist unbeachtet bleibt. Ich freue mich heute noch, dass die Deutsche Bank zum 850-jährigen Stadtjubiläum dem Münchner Oberbürgermeister einen Scheck über 850 Mandatstage sozialer Arbeit überreichen konnte. Oder dass Mitarbeiter unseres Hauses bei der Flutkatastrophe im vergangenen Jahr mitgeholfen haben, einen vom Wasser zerstörten Kindergarten wieder herzurichten. Was da passiert, wird im Augenblick von der breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Es gab Zeiten, da waren Staaten von Banken noch abhängiger als heute. Dazu fallen einem Namen ein wie Fugger oder Welser.

Ja, denken wir nur an die Zeiten Ihres Namenspatrons Peutinger. Damals hatte der Bankkaufmann wegen Ablasshandels oder kaiserlicher Kriegsfinanzierung einen recht schlechten Ruf. Er wurde als Pfeffersack beschimpft, und Martin Luther setzte Fuggerei mit Wucherei gleich. Den Ärger vermehrt hat ein Palais mit 68 Metern Straßenlänge, das Jakob Fugger der Reiche sich 1516 mitten in Augsburg gebaut hat. Eine protzige Machtdemonstration. Doch wenig später ist – wohl teils aus Fuggers eigener Einsicht, teils auf Druck des Stadtrats, an dem sicher auch Peutinger mitgewirkt hat – das erste Beispiel des sozialen Wohnungsbaus entstanden, die Fuggerei.

Die Deutsche Bank verstärkt ihr Engagement in Bayern und auch in andern Regionen Deutschlands. Kehrt ein Global Player in die Heimat zurück?

Unser Haus hatte schon immer besonderes Augenmerk auf den Heimatmarkt. Aber obwohl wir in den letzten Jahren hier sehr aktiv waren, ist die Wahr-

nehmung so, als wären wir nur auf den Weltmärkten unterwegs gewesen.

Auch weil ein Großteil der Erträge aus dem Ausland kommt?

In den letzten 25 Jahren hat sich das Verhältnis in der Tat umgedreht. Wurden 1989 über dreiviertel der Erträge im Inland erwirtschaftet, ist es heute mit rund 40 zu 60 Prozent umgekehrt. Aber nicht, weil wir den deutschen Markt vergessen haben, sondern weil wir im Ausland enorm gewachsen sind. Unsere Kunden expandieren rund um die Welt und wir unterstützen sie dabei. Deutschland ist unser Heimatmarkt, in dem wir unsere Chancen noch besser nutzen wollen, die sich aus der Internationalisierung bieten, insbesondere im breiten Mittelstand.

Aber wahrgenommen wird: Die Deutsche Bank ist der Finanzier der großen Industrie bei ihrer globalen Expansion, die Sparkassen und Raiffeisenbanken helfen dem Mittelstand in der Region.

Diese Wahrnehmung wird uns gerne zugeschrieben. Aber unter den 1.000 deutschen Weltmarktführern gibt es sehr viele Mittelständler, die mit speziellen Produkten global unterwegs sind und die durchaus daran interessiert sind, auch in Indien, China oder Brasilien den richtigen Gesprächspartner zu finden. Da können wir mit unserem Netzwerk und unserer Dienstleistung punkten. Und unter den 3,6 Millionen statistisch erfassten Unternehmen in Deutschland können wir 900.000 zu unseren Kunden zählen. Also, mit einem Viertel der deutschen Unternehmen sind wir schon ganz gut unterwegs.

Also mehr Präsenz in der Fläche?

Ja. Durch eine stärkere Dezentralisierung werden wir in der Fläche noch besser wahrnehmbar. Wir haben in 180 Filialen zusätzliche Beratungszentren für Firmenkunden eingerichtet, so dass diese nun flächendeckend in ganz Deutschland 250 Beratungszentren nutzen können. Wir sind also nicht nur in München, sondern zum Beispiel auch in Landshut und Rosenheim mit unserem gesamten Leitungsangebot vor Ort. Da geht es dann nicht nur um Produkte wie Außenhandelsfinanzierung, sondern um Beratungsexpertise. Will beispielsweise ein Unternehmer eine Produktionsstätte erweitern, können wir mit unserem Know-how schnell erkennen, wie es um die Energieeffizienz steht und können mit öffentlichen Förderprogrammen ein interessantes Finanzierungspaket schnüren. Das



Global Player in der Region

Die Deutsche Bank ist mit weltweit 98.000 Mitarbeitern in knapp 3000 Filialen Deutschlands größtes Kreditinstitut. Sie wurde 1870 in Berlin gegründet und baute nach dem Krieg in Frankfurt a. M. einen neuen Firmensitz auf (Bild links). Eine Schweizer Studie bezeichnet die Deutsche Bank als zwölft-einflussreichstes Unternehmen der Weltwirtschaft, sie gilt als global systemrelevante Bank. Zur Stärkung des Geschäfts in Deutschland wurden fünf Geschäftsregionen geschaffen, darunter die Region Süd unter Vorsitz von Dr. Ulrich Schürenkrämer. Unser Bild zeigt ihn in seinem Münchner Büro.



kann man nur mit Kundenbetreuung vor Ort.

Sie wollen den Kunden eine Bank „in einem Guss“ präsentieren. War's zuvor zerfleddert?

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir unsere Organisation nach den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet und uns immer weiter spezialisiert, was auch den Kunden zugutekam, aber zu einer Aufteilung in verschiedene Unternehmensbereiche geführt hat. Der Bedarf der Kunden hat sich weiterentwickelt und jetzt ist es Kunden wichtig, einen zentralen Ansprechpartner vor Ort und damit alles aus einer Hand zu haben. Das ist vor allem interessant für den Mittelständler, der auf die Marktausrichtung achtet, sich aber zugleich über die Nachfolge sowie über das private Vermögen und damit auch über seine Altersvorsorge Gedanken macht. In dieser Gemengelage sucht er nicht fünf Spezialisten, sondern eine Vertrauensperson.

Was reizt Sie an Bayern?

Gerade Bayern ist sehr stark exportorientiert. Wenn unser Exportgeschäft in den letzten Jahren jeweils zweistellig gewachsen ist, dann liegt das auch daran, dass viele Firmen ihre Chancen in China, Indien oder anderen Märkten erkennen und wir ihnen bei Marktanalysen und Finanzierung helfen können. Wir sind heute allein in Indien mit 9.500 Mitarbeitern vertreten oder in China mit 800 Mitarbeitern unterwegs, wozu noch eine große Mannschaft mit 1.000 Kollegen in Hongkong kommt. Weltweit sind wir in über 70 Ländern präsent und haben Kontakte in die lokalen Netzwerke hinein. Wir sind nicht nur ein Global Player für die Großindustrie, sondern können unsere vielfältigen Kontakte gerade dem deutschen Mittelstand weltweit zur Verfügung stellen.

Viele klagen, die Banken seien seit der Finanzkrise sehr zögerlich mit der Kreditvergabe, obwohl sie von der EZB Geld fast zu Nullzinsen erhalten.

Aus unseren Zahlen kann ich das nicht nachvollziehen. Im Gegenteil. Unser Kreditbuch in Deutschland umfasst bereits ein Volumen von mehr als 180 Milliarden Euro. Aktuell haben wir zusätzlich weitere zehn Milliarden Kreditvolumen zur Verfügung gestellt, aber es fehlen die Investitionen in Deutschland. Die Jahre 2008 und 2009 mit der Finanzkrise waren gewiss schwierig, aber auch da gab es keine Kreditklemme. Man muss der Bundesregierung ein Kompliment machen. Sie hat mit Sofortprogrammen der KfW für genug Liquidität gesorgt, die wir auch eingesetzt haben, um Firmen über die schwierige Phase hinüber zu bringen.

Könnte es sein, dass Sie die zehn Milliarden nicht unterbringen, weil die Hürden zu hoch sind?

Das denke ich nicht. Von der Zinsseite ohnehin nicht. Aber auch von den Kreditkonditionen her nicht. Wir können mit Freude feststellen, dass sich die Eigenkapitalquote und damit auch die Bonität der mittelständischen Unternehmen in den letzten zehn Jahren enorm verbessert haben.

Sie sind seit knapp einem Jahr zuständig für Bayern und Württemberg. Das klingt nach einem Glückslos. Das ist in der Tat der Fall. Es ist eine wunderschöne

Chance, in einer so prosperierenden Region zu arbeiten. Auch der Zukunftsatlas von Prognos zeigt sehr, sehr positive Aussichten. Auf der anderen Seite ist das für uns aber auch eine Verpflichtung, die Möglichkeiten in dieser Region zum Wohle unsere Kunden überdurchschnittlich zu nutzen und nicht nur durch den Rückenwind getragen zu werden.

Wobei der Prognos-Atlas für Bayern noch etwas größere Chancen vorhersagt, als fürs Nachbarland. Sehen Sie Unterschiede in beiden Regionen?

Vielleicht im Branchenmix, aber beide sind von einem breiten Mittelstand mit viel Automobilzuliefern und Maschinenbauern geprägt, darunter nicht wenige Weltmarktführer. Insofern gibt es viele Parallelen. Vielleicht ist Württemberg noch eine Spur dezentraler aufgestellt als Bayern. Aber der kleine Wettbewerb zwischen beiden wird auch weiter dazu beitragen, dass beide Spitze bleiben in Deutschland.

Egal von welcher Regierungskonstellation das jeweilige Land geführt wird?

Wirtschaft und Politik werden auch in Zukunft eng zusammenarbeiten, und jede Regierung wird die Chancen für Arbeitskräfte und Wohlstand nutzen. Wichtig aber wird ein sparsames Haushalten sein, damit Mittel für Zukunftsinvestitionen verfügbar sind. Da ist Bayern ein Vorbild.



Kommt die deutsche Wirtschaft ohne Blessuren durch Finanz- und Euro-Krise?

Erste Anzeichen aus Südeuropa stimmen für dieses Jahr etwas optimistischer. Wir müssen in Europa die Chance ergreifen. Es gibt kein Zurück, aber es bleibt die Frage, mit welchen Mechanismen wir den südeuropäischen Ländern helfen. Wir dürfen nicht übersehen: Indem wir ihnen helfen, helfen wir auch uns. Unsere Produkte sind auch dort gefragt, und wenn man sieht, wie wir diese Exporte finanziert haben, erkennt man die gegenseitigen Verpflichtungen und Verflechtungen. Mit dem richtigen Verständnis für Europa werden wir auch die Probleme managen können. Es ist aber ebenso wichtig, dass wir auch die Länder Osteuropas wie Polen rechtzeitig einbinden. Polen hat eine starke Wirtschaft, was bei dem verständlichen Fokus auf die Euro-Krise ein wenig aus dem Blick geraten ist.

Und der Bankkaufmann Ulrich Schürenkrämer wird noch lange Zeit mit dem Euro arbeiten?

Nicht nur der Bankkaufmann, sondern wir alle! ▲

Von einer Last befreit: Im Februar hat sich die Deutsche Bank nach jahrelangem Rechtsstreit mit den Erben des Medienunternehmers Leo Kirch geeinigt und über 900 Millionen Euro gezahlt.

Im Gespräch: Deutsche Bank-Chef Jürgen Fitschen (li.), Süd-Repräsentant Ulrich Schürenkrämer und Peutinger-Chefredakteur Peter Schmalz (r.).

Das Interview führte Peter Schmalz

Sinnloses Blutvergießen

Bayerns Kronprinz Rupprecht mahnte schon 1915 zum Friedensschluss

Dieter J. Weiß

Mit Pathos und markigen Worten schickte Kaiser Wilhelm II. am 6. August 1914 das deutsche Volk in den Krieg: „So muss denn das Schwert entscheiden ... nun auf zu den Waffen!“ Deutlich verhaltener liest sich die Bekanntmachung „An meine Bayern“, mit der König Ludwig III. zwei Tage davor seine Untertanen auf das scheinbar Unvermeidliche vorbereitet hatte: „Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen.“ Bereits am 1. August hatte er den Kriegszustand für Bayern erklärt.

Wohl erwartete auch der Wittelsbacher einen schnellen Erfolg und hegte viel zu lange die Hoffnung auf einen, wie es damals hieß, Siegfrieden mit anschließender Vergrößerung Bayerns um das Elsaß, doch sein Sohn Kronprinz Rupprecht erkannte als wichtigster bayerischer Heerführer sehr bald die schwindenden Siegeschancen. Unsägliches Leid wäre vermieden worden, hätten seine frühen Mahnungen und Vorschläge bei Kaiser und Oberster Heeresleitung (OHL) Gehör gefunden. Es wäre zu keinem Versailler Vertrag gekommen und damit womöglich auch nicht zu einem Aufstieg der Nationalsozialisten mit all den grauenhaften Folgen.

Schon vor 1914 war das Leben des bayerischen Kronprinzen wesentlich durch den Militärdienst geprägt gewesen. Im Truppendienst hatte er sich mit allen Waffengattungen vertraut gemacht und auf der Kriegsakademie solide strategische Kenntnisse erworben. Bei Kriegsausbruch war der damals 45-Jährige Generaloberst der Infanterie und bayerischer Generalinspekteur. Er wurde zum Oberbefehlshaber der 6. Armee ernannt, einer von acht Armeeeinheiten, die nach der Mobilmachung im Kaiserreich gebildet wurden. Im Rahmen des Schlieffen-Plans war dieser Armee die Aufgabe zugedacht, die Reichsländer Elsaß-Lothringen zu verteidigen und hier einen großen Teil des französischen Heeres zu binden.

Kronprinz Rupprecht wollte sich nicht auf eine repräsentative Rolle als fürstlicher Oberbefehlshaber beschränken. Er war stets vollständig über die aktuelle Entwicklung informiert. Sein Arbeitstag war durch das Studium der eingehenden Meldungen seiner Truppen und der Anordnungen der OHL sowie durch Besprechungen mit seinem Stab geprägt, zudem besuchte er immer wieder unter Lebensgefahr seine Soldaten in der Feuerlinie. Unmittelbar

auf den Schlachtfeldern wollte er sich persönlich ein realistisches Bild über die Lage verschaffen. Sein handschriftliches Tagebuch, das er während des gesamten Krieges führte und das er nach dem Krieg in Auszügen veröffentlichen ließ, gibt davon eindrucksvoll Zeugnis.

Derart umfassend informiert, traf er selbst die erforderlichen Maßnahmen. So war der Angriffsbefehl zur Eröffnung der Schlacht in Lothringen am 20. August 1914 seine persönliche Entscheidung, die er bei der OHL durchgesetzt hatte. Da sich die Lage in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn nicht plangemäß entwickelte, entschloss sich der Kronprinz zu diesem Angriff. Die Schlacht wurde ein Sieg der bayerischen Truppen, der Rupprecht das Großkreuz des Militär-Max-Joseph-Ordens und ersten Ruhm als Feldherr einbrachte.

Wenig später jedoch war der Schlieffen-Plan, der ein schnelles Vorrücken der deutschen Truppen über Belgien in den Rücken der französischen Streitkräfte und danach einen raschen deutschen Sieg vorsah, gescheitert. Und damit war auch die Voraussetzung für einen siegreichen Friedensschluss zusammengebrochen. Die 6. Armee wurde im Herbst nach Flandern verlegt, wo sie sich weitgehend im Stellungskrieg festrannte. Diesen aufzubrechen trug Rupprecht, der während des gesamten Kriegseinsatzes versuchte, sinnloses Blutvergießen zu vermeiden, der Heeresleitung allerdings vergeblich verschiedene strategische Konzepte vor.

Zu Beginn des Krieges war der Kronprinz noch von einem Erfolg der deutschen Waffen überzeugt und teilte zunächst die Kriegsziele seines Vaters: Die Westgrenze des Deutschen Reiches soweit vorzuschieben, dass Luxemburg, Nordfrankreich, Belgien und die Niederlande einverleibt und Bayern um das



© Bayerisches Armeemuseum

Vergeblich mahnte er schon frühzeitig zu einem Verständigungsfrieden: Kronprinz Rupprecht, der Oberkommandierende der bayerischen Truppen im 1. Weltkrieg.



In der Hölle des 1. Weltkriegs: Auf dem von Trommelfeuer durchpflügten Schlachtfeld in Flandern scheitert 1917 ein französischer Sturmangriff vor den deutschen Stellungen.

Elsaß vergrößert werden sollte. Die erhoffte Annexion Belgiens ist umso erstaunlicher, als der belgische König Albert ein Schwager des Kronprinzen war, mit dem ihm bis Kriegsausbruch eine herzliche Freundschaft verbunden hatte. Doch die Nationalidee überwucherte dynastische Beziehungen. Der Siegfrieden samt Annexionen sollte, so hoffte Rupprecht, zu einem Staatenbund aus Preußen, Bayern und den Niederlanden und damit zu einer neuen Konstellation für die Reichs- und die Europapolitik führen. Diese Überlegungen waren weniger Ausfluss nationalistischen Größenwahns als die Erwartung, in einer Nachkriegsordnung die Hegemonie Preußens zu begrenzen.

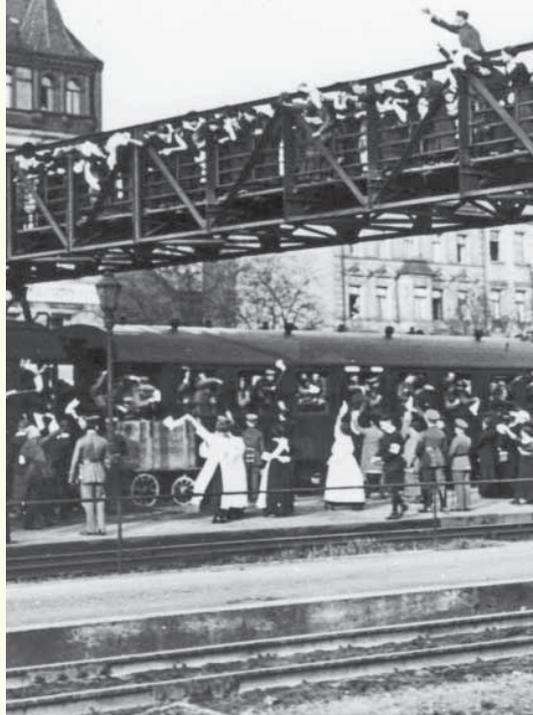
Ab Herbst 1915 erkannte Rupprecht jedoch, dass der Krieg nicht zu gewinnen war und daher nicht fortgesetzt werden durfte. Zu schwer waren die eigenen Verluste und zu gering die Chancen, einen positiven Kriegsausgang mit Waffen erzwingen zu können. Der Kronprinz verabschiedete sich von allen Annexionsplänen und wandelte sich zum Verfechter eines Verständigungsfriedens. Im Oktober 1915 wies er den Chef der OHL, den preußischen General von Falkenhayn, auf die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses hin, weil es unmöglich sei, aus dem Stellungskrieg herauszukommen. Die besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien müssten aufgegeben werden, ohne eine ins Gewicht fallende Kriegsentschädigung zu erhalten. Sein Appell fand kein Gehör. Die Oberste Heeresleitung plante vielmehr, ab Februar 1916 die französische Front durch einen Angriff ausgerechnet auf die stark ausgebaute Festung Verdun zu durchbrechen. Der Plan scheiterte mit gewaltigen Opfern an Menschenleben und führte dazu, dass der Stellungskrieg noch verlustreicher fortgesetzt wurde.

Kronprinz Rupprecht, inzwischen zum bayerischen wie preußischen Generalfeldmarschall ernannt, sah ein ethisches und taktisches Desaster. Er verurteilte den Einsatz von Giftgas, ohne ihn verhindern zu können. Er kritisierte die Kriegführung auf beiden Seiten, weil sie sich darauf beschränkte, die im Kampf verbrauchten Divisionen durch Reservetruppen zu ersetzen. Von ihm mit betrieben, wurde im Sommer 1916 General Falkenhayns als Chef der OHL abgelöst, doch unter General Erich Ludendorff wurde die Lage eher noch schlechter. Die Heeresleitung wollte den Krieg unbedingt fortsetzen und nahm immer stärkeren Einfluss auf die Politik.

Daraufhin schaltete sich auch Kronprinz Rupprecht intensiver in die politischen Abläufe ein. Er forderte konkrete Friedensschritte und fasste am 19. Juli 1917 seine Vorstellungen zur aktuellen Kriegslage, zu einem raschen Friedensschluss und zur Wahrung der Souveränität Bayerns in einem umfangreichen Memorandum zusammen. Er kritisierte die deutschen Bombenangriffe auf London scharf und forderte dringend einen raschen Friedensschluss mit Russland unter Verzicht auf Annexionen. In der bevorstehenden Kampfpause nach der feindlichen Sommeroffensive sollten über die Könige von Spanien oder Schweden den Gegnern die deutschen Kriegsziele mitgeteilt werden, „die sich auf die Erreichung des status quo ante bellum unter Verzicht auf doch nicht einzu-treibende Entschädigung beschränken müssen“. Seine Mahnung wurde auch politisch unterstützt: Im Reichstag erließ eine Mehrheit aus Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und Sozialdemokraten eine Friedensresolution für einen Verständigungsfrieden. Für Kronprinz Rupprecht stand allerdings stets Bayern im Mittelpunkt. Auf verschiedenen Ebenen versuchte er, dem drohenden Verlust bayerischer →

Zu Kriegsbeginn hofften die Wittelsbacher noch, Bayern um das Elsaß vergrößern zu können.

Die Bevölkerung jubelte, als bayerische Truppen am 7. August 1914 am Bahnhof von Fürth zur Fahrt an die Front verabschiedet wurden. Damals hofften alle: „Zu Weihnachten sind wir wieder daheim.“



Souveränitätsrechte entgegenzuwirken. Ein zentraler Punkt war für ihn der Erhalt einer eigenständigen bayerischen Armee, die im Verlauf des Krieges auseinander gerissen und über alle Fronten verteilt worden war. Frühzeitig warnte er vor den Folgen eines Berliner Zentralismus, der sich im Laufe des Krieges verstärkt hatte.

Allerdings hatte Kronprinz Rupprecht nur geringe Möglichkeiten, seine Einsichten umzusetzen. Zum einen war er in vorgegebene Befehlsstrukturen eingebunden, zum anderen war er der Erbe und nicht der Träger der Krone. Er konnte keine politischen Entscheidungen durchsetzen, sondern nur Anregungen und Vorschläge unterbreiten. Als Offizier musste er sich von der Politik fernhalten, als Thronfolger war er verfassungsmäßig auf die Mitarbeit im Staatsrat und im Reichsrat beschränkt, an deren Sitzungen er während des Krieges nicht teilnehmen konnte. Um einen Friedensschluss zu erreichen, konnte er nur versuchen, auf König Ludwig und die bayerische Regierung einzuwirken. In München, fern von der Front, hielt man seine Mahnungen aber lange für Schwarzseherei und glaubte lieber den optimistischen Verlautbarungen der Heeresleitung.

Angesichts der sich rapide verschlechternden militärischen Situation und der Ergebnislosigkeit seiner bisherigen Mahnungen richtete Kronprinz Rupprecht am 1. Juni 1918 einen dringenden Friedensappell an den nunmehrigen Reichskanzler Graf Hertling. Entschieden verurteilte er die noch immer gehegte Erwartung eines Siegfriedens. Der Reichskanzler beantwortete das Schreiben aber nur mit dem Hinweis auf pazifistische Strömungen in England und Frankreich. Derart abgewiesen, suchte Rupprecht die Zusammenarbeit mit dem badischen Thronfolger Prinz Max.

Nun endlich, am 15. August, beschloss der bayerische Ministerrat, die Reichsregierung zum raschen

Abschluss eines Verständigungsfriedens zu drängen. Kronprinz Rupprecht traf sich zwei Wochen später zu politischen Gesprächen mit Kaiser Karl von Österreich, der die bayerischen Friedensbemühungen unterstützte. Weil Rupprecht Reichskanzler Graf Hertling mittlerweile für ein Werkzeug der Obersten Heeresleitung hielt, plädierte er für die Berufung Prinz Max von Baden zum Reichskanzler. Dessen Ernennung im Oktober 1918 kam dann freilich zu spät, um der Katastrophe noch gegensteuern zu können.

Rupprecht sah das Unvermeidliche nahen: Eine drohende Revolution und einen Friedensschluss unter harten Bedingungen. Es wirkt tragisch, dass er die gefährliche Entwicklung klar erkannte, ohne selbst eingreifen zu können. Am 1. November versuchte er seinen Vater dazu zu bringen, die Initiative zu ergreifen und den Kaiser zum Rücktritt zu bewegen. Tags darauf erging nach langwierigen Verhandlungen das königliche Handschreiben, mit dem die bayerische Regierung auf parlamentarischer Basis umgebildet werden sollte. Doch dies war zu spät, um den Münchner Putsch vom 7. November verhindern zu können.

In Brüssel erlebte Rupprecht, ein Urenkel von König Ludwig I., die Novemberrevolution, mit der er die Anwartschaft auf den Thron verlor. Am 11. November, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands, legte er sein Oberkommando nieder und gelangte unter einem Decknamen über Amsterdam und Kassel in seine Heimat zurück. Während der Münchner Räterepublik musste er aus Bayern fliehen, konnte sich und sein Haus aber ab den 20er Jahren wieder fest im nunmehrigen Freistaat Bayern etablieren.

Kurz vor Hitlers Machtergreifung wollten ihn demokratische Kräfte aus der Bayerischen Volkspartei, aber auch von den Sozialdemokraten dazu bewegen, als Generalstaatskommissar oder König die Regierungsübernahme durch die NSDAP zu verhindern. Er zögerte, blieb aber ein Gegner der Nationalsozialisten und musste 1939 nach Italien ins Exil. Von Florenz aus setzte er sich für eine föderale deutsche Nachkriegsordnung und eine Wiederherstellung der Monarchie in Bayern ein. Seine Frau und Kinder überlebten in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg, er selbst entging 1944 einer Verhaftung durch die SS nur knapp: Sein Adjutant hatte ihn unauffindbar versteckt.

Am 2. August 1955 starb Rupprecht als letzter Kronprinz von Bayern auf Schloss Leutstetten bei Starnberg. Tausende nahmen von ihm in Schloss Nymphenburg Abschied, wo er in seiner Uniform als Generalfeldmarschall aufgebahrt war. Auf dem Katafalk ruhte die Königskrone, die auf Anweisung des Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner eigens aus der Schatzkammer der Residenz herübergebracht worden war. Am 6. August war die Ludwigstraße von Menschenmassen dicht gesäumt, als der Verstorbene bei einem Staatsbegräbnis zur Theatinerkirche gebracht und in der Krypta in einem schlichten Zinnsarkophag beigelegt wurde. ▲



Professor Dr. Dieter J. Weiß, 1959 in Nürnberg geboren, leitet am Institut für Bayerische Geschichte der LMU München den Lehrstuhl für Bayerische Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte mit besonderer Berücksichtigung des Mittelalters. Er ist Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Vizevorstand der Gesellschaft für fränkische Geschichte.

Zukunfts-Piste

Urteil erklärt dritte Startbahn für rechtmäßig – Münchner Rathaus muss entscheiden

Michael Kerkloh

Die Juristen haben dem Münchner Flughafen ein klares Take-off-Signal gegeben: Nach intensiver Prüfung des rund 2.800 Seiten starken Planungsfeststellungsbescheid hat der Bayerischen Verwaltungsgerichtshof mit seinem Urteil vom 19. Februar die behördliche Genehmigung der dritten Start- und Landebahn auf ganzer Linie für rechtmäßig erklärt. Für den weit über München und Bayern hinaus bedeutsamen Airport bleiben damit die Entwicklungsperspektiven und die Zukunftschancen dauerhaft gewahrt.

Das ist auch dringend notwendig. Denn wie der neue Münchner Passagierrekord von 38,7 Millionen Fluggästen im vergangenen Jahr zeigt, steigt die Nachfrage im Luftverkehr weiter an. Dass trotz der Passagierzunahme weniger Starts und Landungen durchgeführt wurden, liegt an einem Modernisierungsschub bei viele Airlines: Sie haben ihre Flotten im Kurz- und Mittelstreckenbereich auf größeres Fluggerät umgestellt und können nun mehr Passagiere mit weniger Flügen befördern.

Diese neu in Dienst gestellten Maschinen werden viele Jahre fliegen, ein abermaliger Austausch durch noch größere Maschinen ist deshalb in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Sehr wohl aber wird die Zahl der Passagiere weiter steigen. Der Flughafenverband ADV erwartet in Deutschland bis 2025 einen Anstieg von heute 200 auf dann 300 Millionen Fluggäste – und damit auch erheblich mehr Starts und Landungen. Deshalb hat sich an der Notwendigkeit, das Bahnsystem am Flughafen München bedarfsgerecht auszubauen, im Grundsatz nichts geändert.

Das gilt umso mehr, als der Airport, nach Frankfurt immerhin das zweite große Drehkreuz in Deutschland, in den Verkehrsspitzen schon jetzt an der Kapazitätsgrenze operiert. Viele Anfragen von Fluggesellschaften nach zusätzlichen Starts oder Landungen müsse deshalb abgelehnt werden. Die Bedeutung des Flughafens für die exportstarke bayerische Wirtschaft muss nicht erneut betont werden, doch auch der regionale Aspekt muss beachtet werden. Allein am Flughafen sind über 32.000 Menschen beschäftigt, und die Umlandgemeinden konnten 2013 knapp 30 Millionen Euro Gewerbesteuer kassieren – über fünf Millionen mehr als im Vorjahr.

Die juristischen Weichen zum Bau der dritten Startbahn sind gestellt. Der Ball liegt nun im Feld der Politik. Unabhängig davon, dass die Klägerseite Rechtsmittel gegen diese Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes angekündigt hat, kann das Projekt nur realisiert werden, wenn die drei Gesellschafter der Flughafen München GmbH zu einer einvernehmlichen Entscheidung kommen. Während der Bund und der Freistaat die gerichtliche Freigabe des Ausbauprojekts ausdrücklich begrüßten, verweist man in der Landeshauptstadt München noch immer auf den ablehnenden Bürgerentscheid vom Juni 2012, wenngleich dessen rechtliche Bindungswirkung schon im Sommer 2013 erloschen ist.

Die bayerische Landeshauptstadt hat den Bau der dritten. Bahn vom Projektbeginn im Jahr 2005 bis zum Bürgerentscheid vom Juni 2012 sieben Jahre lang kontinuierlich unterstützt und in entsprechenden Gremienbeschlüssen mitgetragen. Wie sich der neue Stadtrat nach dem nicht mehr bindenden Bürgerentscheid künftig positioniert, bleibt abzuwarten. Wir können als Flughafenbetreiber nur immer wieder darauf hinweisen, dass die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit dieser auch für München zentralen Infrastruktureinrichtung ganz entscheidend von der geplanten Kapazitätserweiterung abhängt. Und dabei geht es um weit mehr als nur um den Flughafen: Vom Bau der dritten Bahn werden vor allem der Freistaat Bayern und insbesondere auch die Landeshauptstadt profitieren – als leistungsfähiger Wirtschaftsraum, als weltweit beliebte Tourismusregion und auch als attraktiver Standort für Investoren aus dem In- und Ausland. Deshalb ist das modernisierte M des Münchner Airports, das für die neue Markenidentität unseres Flughafens steht, zugleich weltweit wirksames Werbezeichen für diese Stadt. ▲

Ein Airbus A 380 der Golf-Airline Emirates startet am Münchner Flughafen. Im Hintergrund ist orange die geplante dritte Startbahn zu erkennen.



Dr. Michael Kerkloh, 60, ist seit 2002 Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH, kurz FMG. Der promovierte Volkswirtschaftler war davor Geschäftsführer des Hamburger Flughafens.

Schatten im Paradies

Thailands langer Weg zur Demokratie – Greiser König ist Stütze im zerstrittenen Land

Ein Rausch der Sinne: Bei Loi Krathong, dem Fest zu Ehren der Wassergöttin, erstrahlen die Tempel von Sukhothi in goldenem Glanz.

Klaus G. Förg

Das Königreich Thailand kennen wir als Urlaubsparadies mit exotischem Flair, herrlichen Stränden, smaragdgrünem Wasser, anmutigen Frauen, scharfwürzigen Speisen und beeindruckenden Tempeln. Ein Land, das geprägt ist vom sanften, friedlichen Buddhismus. Doch aus diesem vermeintlichen Paradies kommen seit Monaten verstörende Bilder. Wütende Proteste von Regierungsgegnern, Straßenkämpfe, Verletzte, Tote.



Ein faszinierendes und ein irritierendes Land zugleich. In den letzten acht Jahren habe ich Thailand fünfzehnmal bis in die entlegensten Winkel bereist. Begleitet von meiner thailändischen Frau Siriporn konnte ich Impressionen einfangen für einen umfangreichen Bildband. Sie hat mir Türen geöffnet für verborgene Motive und meinen Blick gelenkt auf manches, was mir ohne sie nie aufgefallen wäre. Und sie hat mir Einblicke gegeben in die Widersprüche eines Landes, das geprägt ist von einer friedlichen Religion und einer tief verehrten Monarchie, das aber zugleich seit langem auch politisch tief gespalten ist.

Der greise kranke König Bhumibol Adulyadej und Königin Sirikit werden außergewöhnlich verehrt. Die Thailänder lieben auch Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn, begegnen Kronprinz Maha Vajiralongkorn jedoch äußerst reserviert. Fast jeden bewegt die Frage: Was geschieht nach dem Ableben des Königs? Bewahrheitet sich dann die alte Prophezeiung, der jetzige König werde der letzte männliche König der Chakri-Dynastie sein?

Die Liebe zum König scheint inzwischen der kleinste gemeinsame Nenner zu sein. Seit Jahrzehnten gibt es Massenproteste und Putsche. Dramatischer Höhepunkt waren die Proteste 1973, als Studenten für Verfassung und demokratische Rechte demonstrierten, bis Soldaten in die Menge feuerten und 77 Personen starben. Heute ist die Lage noch verworrener. Anhänger des Königshauses, sogenannte Gelbhemden, bekämpfen die Rothemden des korrupten und gestürzten Ex-Premiers und Multimilliardärs Thaksin, dessen Anhänger überwiegend im armen Norden und

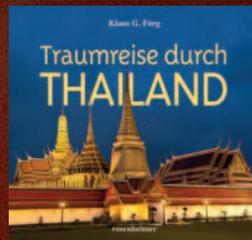
Nordosten leben. Hinzu kommen seit rund fünf Jahren Regierungsgegner vor allem aus der Hauptstadt Bangkok. Ihr Zorn explodierte, als Premierministerin Yingluck ein Gesetz vorlegte, das ihrem im Exil lebenden Bruder Thaksin Rückkehr, Straffreiheit und Rückgabe des beschlagnahmten Vermögens zusichern sollte.

Ein typisches Beispiel für Thailands Politik fanden wir bei den jüngsten Bürgermeisterwahlen in einem Dorf in der Region Isaan. Ein Kandidat der Partei der Premierministerin versprach jedem, der ihn wählt, 200 Baht, rund fünf Euro. Meine Frau und ich haben den Gegenkandidaten beschworen, nicht ebenfalls die Geldbörse für Bestechung zu öffnen. Diesmal hat sich der ehrliche Weg gelohnt: Der korrekte Kandidat ist nun Bürgermeister. Oft aber läuft es andersherum.

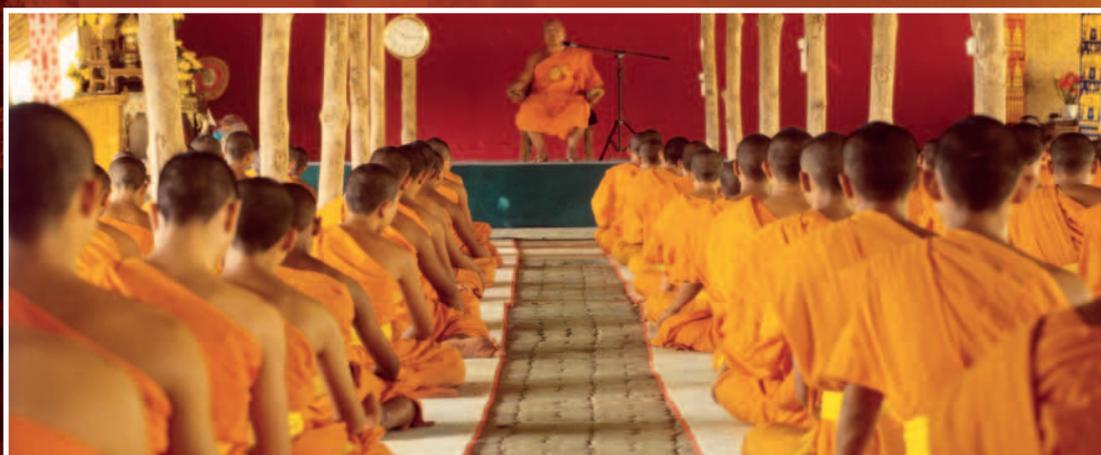
Die politischen Machtkämpfe verursachen enormen wirtschaftlichen Schaden, unter dem besonders die arme Regionen im Norden leiden müssen. In manchen Gegenden gibt es kaum Trinkwasser, die Menschen

verwenden meist Wasser aus Plastikflaschen, die dann oft hinterm Haus mit dem Müll verbrannt werden. Mit Hilfe des Rotary Clubs Rosenheim-Innstadt konnten wir ein Projekt starten, das ein Dorf im Nordosten mit frischem Trinkwasser versorgen soll. Vom bayerischen Umweltministerium unterstützt, wurden erste Wasserproben untersucht. Nun ergründen wir Möglichkeiten für eine dauerhafte Wasserversorgung. Angesichts der Probleme, mit denen dieses Traumland zu kämpfen hat, ist unser Projekt sicher nur ein Tropfen. Hoffen wir, dass noch viele weitere dazu kommen. ▲

Impressionen aus einem faszinierenden Land: Ein Buddhakopf ist in einen Baum eingewachsen; Regengüsse haben Reisfelder in Isaan überflutet; Trachtenmädchen aus dem bergigen Norden (oben); junge Mönche lernen in einem Seminar (unten).



Förgs Traumreise durch Thailand, Rosenheimer Verlag, 208 S., 29,90 €



Klaus G. Förg ist Chef des Rosenheimer Verlags-hauses, das er von seinem Vater übernommen und ausgebaut hat. Neben dem Band über Thailand hat er als Autor und Fotograf zahlreiche Bildbände verfasst, darunter „Zauberhafter Chiemgau aus der Luft“, „Berlin“ und „Traumreise durch Namibia“.

AIGNER IMMOBILIEN

ÜBER „MÜNCHENS BESTEN MAKLER“.



SERIOSITÄT.
DISKRETION.
ERFAHRUNG.
LEISTUNG.

Unser Kerngeschäft ist die Vermittlung von Immobilien sowie von Grundstücken und Investmentobjekten. In den letzten 10 Jahren haben wir ein Vermittlungsvolumen von über 1 Mrd. Euro erzielt. Mehr als 1.500 Immobilien und Grundstücke bewerten unsere Gutachter und Architekten im Jahr. Mehr als 2.000 Kundenanfragen gehen jeden Monat ein. Pro Monat führen wir rund 400 Besichtigungen durch. Etwa 300 tagesaktuelle Angebote finden Sie stets auf unserer Webseite www.aigner-immobilien.de.

Aigner Immobilien bringt Menschen und Immobilien zusammen!



FAKTEN AUF EINEN BLICK

- Inhabergeführtes Unternehmen
- Über 30.000 geprüfte Kaufinteressenten für München und Starnberg
- Mehr als 100 motivierte, qualifizierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiter
- Über 20 Jahre Markterfahrung
- Wertermittlung durch firmeneigene Architekten und Gutachter
- Professioneller und erfolgreicher Neubauvertrieb
- Zuverlässiger Vermietungsservice
- TÜV-geprüfte Qualität gemäß DIN EN ISO 9001:2008

Telefon (089) 17 87 87-0

www.aigner-immobilien.de



Brücken bauen

99. Deutscher Katholikentag in Regensburg

Alois Glück

Ein Katholikentag ist schon immer ein Ort des Dialogs katholischer Christen mit Gesellschaft und Politik. Nach innen, in der Gemeinschaft der Gläubigen, soll er Orientierung geben in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialetischen und kulturellen Fragen. Nach außen will er in Dialog treten mit gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gestaltern über die Fragen und Herausforderungen der Zeit.

Der Katholikentag ist aber auch ein Ort der Selbstvergewisserung über den Weg der Kirche in der Welt und über Fragen, die das pastorale Wirken der Kirche betreffen. Katholikentage sind ein Ort, an dem die „Stimme der Laien“ ertönt und ertönen soll. Eine wichtige Stimme, wie Papst Franziskus betont: „Die Laien sind schlicht die riesige Mehrheit des Gottesvolkes. In ihrem Dienst steht eine Minderheit: die geweihten Amtsträger.“ In der momentanen Zeit des Umbruchs in Kirche und Gesellschaft haben wir den 99. Deutschen Katholikentag in Regensburg unter das Leitwort „Mit Christus Brücken bauen“ gestellt. Das Brückenbauen soll diesen Katholikentag, den ersten seit 30 Jahren wieder in Bayern, im bildlich-übertragenen Sinne prägen und für seine programmatische Ausgestaltung leitend sein. Das Leitwort versinnbildlicht für engagierte Christinnen und Christen die Berufung, in der Nachfolge Jesu Christi und in seinem Geiste hier und heute in der Welt und in der Kirche Brücken zu bauen, wo es notwendig ist. Darum bilden Veranstaltungen zu diesem Leitwort den Schwerpunkt des Programms.

Wir leben politisch in einer Situation des Umbruchs. Die zunehmende Zahl der Krisen in der Welt belegt dies. „Weiter so“ funktioniert nicht mehr! Nationale und internationale Politik stehen vor der Herausforderung, tiefgreifende Wandlungsprozesse zu gestalten. Wir werden mit allen anderen Völkern dieser Erde zu einer immer mehr voneinander abhängigen Schicksalsgemeinschaft, gleichzeitig aber wachsen die Spannungen innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Gesellschaften, den Völkern und den Kontinenten. Soziale, kulturelle, ethnische und auch religiöse Spannungen, Verteilungskonflikte um Wasser, Nahrungsmittel, Lebensräume, Energie und Rohstoffe, wachsende Flüchtlingsströme, die Zunahme von Wetterextremen mit oft katastrophalen Auswirkungen für die Menschen – dies alles fordert uns heraus, vor allem auch in unserer Verantwortung als Christen, Brücken zu bauen im Sinne christlicher Solidarität, mit einer Verantwortung, die über das Eigeninteresse hinaus greift. Verantwortung wird konkret durch Engagement aus dem Dreiklang ethische Orientierung, Sachkompetenz und konkreter Einsatz.

In der europäischen Perspektive werden wir 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Mauerfall den Blick besonders auf den Dialog mit den Ländern und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas lenken. Die Nachbarschaft Regensburgs zu Tschechien, seine Lage an der Donau legt diese Perspektive nah. Wir wollen uns – über die Erinnerung hinaus – fragen, was dieser historische Umbruch für die Gestaltung Europas und unseres Landes bedeutet. Dazu hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zugesagt, an einer Diskussion zum Thema „Hat die Welt noch einen Platz für Europa?“ teilzunehmen.

Einen weiteren Programmschwerpunkt könnte man Brücken bauen in sozialen und ökologischen Fragen überschreiben. Hier geht es



Am 28. Mai beginnt in Regensburg der 99. Katholikentag. Das fünftägige Treffen der Gläubigen steht unter dem Motto „Brücken bauen“. Zum letztjährigen Katholikentag in Mannheim kamen 80.000 Besucher.

vorrangig um die Themen aus dem Bereich Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Wie definieren wir als Christen „Lebensqualität“, wie „Wohlstand“? Welchen Fortschritt wollen wir? Als Christen sind wir aufgefordert, eine Alternative zu der Konsumgesellschaft mit ihrem Raubbau an den Zukunftschancen der nachkommenden Generationen und der anderen Völker zu entwickeln.

Wir Christen werden auch den Blick auf die Frage nach einer zukunftsfähigen Fortentwicklung unserer Demokratie lenken. Man könnte dies als Brücken bauen in der demokratischen Gesellschaft bezeichnen. Diese Frage ist eng verbunden mit der Gestaltungsfähigkeit bei tiefgreifenden Umbauprojekten wie der Energiewende, aber auch mit Herausforderungen der neuen Kommunikationstechnologien.

Zu den für uns besonders wichtigen Zukunftsthemen gehört das Verhältnis von Religion, Staat und Gesellschaft. Zwischen diesen Bereichen müssen die Brücken erhalten werden und immer wieder neu gebaut werden. Wir sind sehr froh, dass uns Bundespräsident Joachim Gauck zugesagt hat, an einer Veranstaltung zum Thema „Wie viel Religion verträgt die säkulare Gesellschaft?“ teilzunehmen. Hochaktuell sind gerade heute die großen ethischen Fragen des Lebensschutzes und der Bioethik. Dieser Katholikentag wird hier ein klares Profil zeigen. Der Schutz des Lebens von Anfang bis Ende ist ein Schwerpunkt, der die Fortschritte in der Biomedizin ebenso umfasst wie die Fragen nach Betreuung, Pflege und menschenwürdigem Sterben.

Die Aufforderung von Papst Franziskus, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen und uns neu den Armen und Bedrängten zuzuwenden, müssen wir auch in der Kirche in Deutschland neu bedenken. Was bedeutet diese Aufforderung des Papstes für unser pastorales Handeln? Wie müssen wir unsere Kirche auch im Inneren reformieren, um eine barmherzige und mitfühlende Kirche werden zu können. Davon wird auch abhängen, ob wir nach dem tiefen Vertrauensverlust, den die Kirche durch eine Reihe von Ereignissen in den letzten Jahren erfahren hat, wieder neues Vertrauen gewinnen können.

Papst Franziskus fordert Dialog und Diskussion. Er weiß, dass wir als Kirche allein die Herausforderungen und Probleme der Gegenwart nicht lösen können. Er ist sich darüber hinaus des Reformbedarfs in unserer Kirche bewusst. Auch hier steht ihm klar vor Augen, dass er allein die Kirche nicht verändern kann. Er will einen Prozess der geistlichen Lebendigkeit und der geistigen Auseinandersetzung. Der Regensburger Katholikentag lädt alle Gläubigen und alle Menschen guten Willens dazu ein, mit uns diesen Weg zu gehen und mit Christus Brücken zu bauen. ▲



Alois Glück, 74, ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Der frühere Präsident des Bayerischen Landtags leitet den 99. Deutschen Katholikentag in Regensburg.

Kaiser macht schlau

Bildungsreform im Mittelalter – Karl der Große bringt unsere Schrift

Stefan Weinfurter

Vor 1200 Jahren ist Karl der Große im Alter von knapp 66 Jahren in Aachen gestorben. Zwölf Jahrhunderte sind seit jenem 28. Januar 814 vergangen, und wir können uns fragen, was uns heute noch mit dem Kaiser verbindet, auf den sich Frankreich wie Deutschland berufen. Da sind einige Bauwerke, darunter die prächtige Marienkirche in Aachen, und da ist der Aachener Karlspreis. Der hat etwas mit Europa zu tun. Aber was und in welchem Sinn?

Nur wenigen ist bewusst, dass wir alle tagtäglich mit Karl dem Großen zu tun hat. Denn wir alle benutzen seine Schrift, die Karolingische Minuskel. Nur irrtümlich wird unsere Schrift lateinische Schrift genannt, weil sich die Humanisten vor 500 Jahren nicht vorstellen konnten, dass eine so schöne Schrift aus dem dunklen Mittelalter stammen könnte. Aber es ist so: Die karolingische Minuskel-Schrift darf man als sensationell bezeichnen, denn sie führte erstmals die klare und eindeutige Unterscheidung der Kleinbuchstaben ein. Von nun an gab es Buchstaben mit Ober- und Unterlänge sowie Mittelbuchstaben und Worttrennung. Jeder Buchstabe und jedes Wort sollte vom Auge und vom Verstand rasch, präzise und problemlos erfasst werden können.

Die heutige Computerschrift Times New Roman kommt der Schrift Karl des Großen sehr nahe. Diese Schrift wird heute nicht nur in Europa, sondern in weiten Teilen der Erde verwendet. Gleiches gilt auch für die Zeitrechnung. Die heute in der ganzen Welt verbreitete Zeitangaben in Tag, Monat und Jahr geht – trotz mancher früherer Vorarbeiten – letztlich auf die Zeit Karls des Großen zurück. Es war eine Zeit großer Innovationen, die uns heute noch stark beeinflussen und begleiten.

Karl der Große entstammt dem Geschlecht der Karolinger und wurde wahrscheinlich am 2. April 747 oder 748 geboren. Diese aus Gold geschmiedete Büste von ihm entstand 1349. Sie gehört zum Domschatz von Aachen.



Karl der Große wurde in einer kriegerischen Zeit geboren. Nach dem Ende des weströmischen Reiches war Europa über zweihundert Jahre erfüllt von Kämpfen und Kriegsgemetzeln. „Germanische“ Reiche entstanden auf römischem Boden. Das Westgotenreich in Spanien und Südfrankreich und das Langobardenreich in Italien hielten sich am längsten – abgesehen vom Frankenreich der Merowinger. Östlich des Rheins siedelten die Alemannen, die Bajuwaren, die Thüringer und die Sachsen, die bei jeder Gelegenheit übereinander herfielen. Von Spanien drückten seit 720 die muslimischen Heere in den gallischen Raum. Als Karl 768 die Königsherrschaft übernahm, bestand seine erste Aufgabe darin, ein erfolgreicher Feldherr zu sein. Und er war ein gewalttätiger Krieger, der Tausende besiegte sächsische Krieger töteten und Zehntausende ihrer Landsleute vertreiben ließ. Unterlegene Herrscher wie Herzog Tassilo III. von Bayern wurden mitsamt Frauen und Kindern in lebenslange Klosterhaft verwiesen. In Sachsen siedelte er Franken an, in Oberitalien vor allem Schwaben und Bayern. Am Ende spannte sich sein Reich vom Atlantik bis an die Elbe, von der Nordsee bis über die Pyrenäen und von der dänischen Grenze bis nach Rom. Ein derart großes politisches Gebilde hatte es seit der römischen Zeit im Westen Europas nicht mehr gegeben.

Doch allein mit kriegerischer Macht war ein solches Reich nicht zu regieren. Vor allem der politischen Elite musste eine Idee vermittelt werden, mit der die Bereitschaft, seinen Befehlen über einen langen Zeitraum zu gehorchen, hochgehalten werden konnte. Diese Idee lautete: Das Volk seines Reiches sei das auserwählte Volk Gottes, der *populus Dei*. Seine Kriege führe er für eine gute Sache, nämlich um die Ordnung Gottes und seine Gesetze durchzusetzen und ein Gottesreich auf Erden aufzubauen. Die Menschen seines Frankenreichs waren die Guten. Sie kämpften gegen die Heiden und alle, die sich nicht unterwerfen wollten. Zum ersten Mal in der Geschichte Europas wurde das politische Konzept eines christlichen Gottesreiches auf Erden entwickelt.

Um die gesamte Lebens- und Staatsordnung zu verchristlichen, waren zwei Dinge nötig: Erstens klare und eindeutige kirchliche Texte aus der Bibel, der Liturgie sowie der Kirchenväter und der Konzilien. Zweitens ein möglichst hoher Bildungsstand vor allem bei der Führungselite. Die Menschen sollten lernen, was Sprache bedeutet, wie man Gedanken ordnet, wie man eine Rede hält, welche Wort- und Sprachfiguren dabei eine Rolle spielen und wie man korrekt schreibt. Karl war überzeugt davon, dass nur so auch die heiligen Schriften wirklich zu verstehen seien. Damit blicken wir ins Zentrum seiner Herrscherkonzeption. Es ging um eine Bildungsoffensive größten Ausmaßes, ein Wissens- und Wissenschaftsunternehmen, wie es in Europa nach der Meinung von Experten bis dahin einmalig war.

Für dieses ehrgeizige Projekt holte sich Karl die besten Köpfe aus dem christlichen Europa an seinen



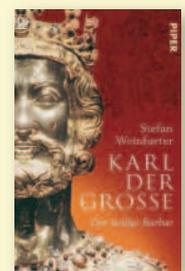
Nach byzantinischem Vorbild ließ Karl der Große um das Jahr 800 die Pfalzkapelle errichten. Sie ist der älteste Teil des Aachener Doms und beherbergt auch den Karlschrein mit den Gebeinen des Frankenherrschers. Aachener Goldschmiede haben den Schrein 1215 im Auftrag von König Friedrich II. gefertigt.

Hof. Aus Italien ließ er den Dichter und Grammatiker Petrus von Pisa und den Grammatiker und Theologen Paulinus kommen, aus Monte Cassino den Geschichtsschreiber Paulus Diaconus, weitere aus Spanien und Irland. Allen voran stand der Angelsachse Alkuin, ein hochgebildeter Mann aus York in Northumbrien, der berühmtesten Schule dieser Zeit. Mit den bedeutendsten Gelehrten des westlichen Europa baute Karl der Große an seinem Hof ein Spitzenteam von Wissenschaftlern auf, das Impulse von enormer Kraft und Tragweite hervorbrachte.

Eine wichtige Voraussetzung für das Unternehmen war, dass Karl selbst begierig nach Wissen und Bildung war – ein Wesenszug, der bei Politikern nicht zu allen Zeiten anzutreffen ist. Von seinem Biographen Einhard erfahren wir, Kaiser Karl, dessen Muttersprache das Fränkische war, habe unentwegt Fremdsprachen erlernt. Latein habe er wie die eigene Sprache verstanden und gesprochen, auch Griechisch habe er verstehen können. Viel Zeit habe er auf das Studium der Rhetorik, der Dialektik und der Mathematik verwendet. Die Bewegungen der Himmelskörper habe er aufmerksam verfolgt. Auch geschichtlichen Werken habe er sich zugewandt, mehr noch den Werken der Theologen, allen voran denen des Augustinus und hier wiederum der Schrift *De civitate Dei*, also dem Buch „Vom Gottesstaat“.

Entscheidend für Karl war die Idee einer Wissensgesellschaft durch eine Bildungsreform und durch ein geistig-kulturelles Erneuerungsprogramm umfassender Art, das er 789 durch einen sogenannten „allgemeinen Mahnerlass“, die *Admonitio generalis*, in Gang brachte. Damit wurde ein bildungspolitischer Vorgang eingeleitet, über den zuletzt einer der besten Kenner dieser Geschichte, der Heidelberger Lateinwissenschaftler Walter Berschin, die Meinung vertreten hat: „Nie in der abendländischen Geschichte ist dem Lesen und Schreiben, der Grammatik, kurzum der Schule ein so hoher Rang eingeräumt worden wie damals.“

„Mit regem Eifer“, ließ Karl verkünden, „wollen wir ... die Pflege der Wissenschaften verbessern, die durch die Nachlässigkeit unserer Vorfahren fast in Vergessenheit geraten ist, und laden alle durch →



„Karl der Große – der heilige Barbar“ lautet der Titel der Biografie unseres Autors Professor Stefan Weinfurter zum 1200. Todestag des großen Herrschers. Weinfurter zeigt den erfolgreichen und brutalen Kriegsherrn ebenso wie den Bildungshungrigen, der an seinem Aachener Hof die bedeutendsten Dichter und Denker der damaligen Zeit um sich scharte. (Piper Verlag, 352 S. 22,99 €)



Von den Pyrenäen bis zur Ostsee, von der Kanalküste bis Rom: Das Reich von Kaiser Karl dem Großen erstreckte sich über fast ganz Europa

unser eigenes Beispiel zum eifrigen Studium der freien Künste ein.“ Die freien Künste, die artes liberales: Das war gewissermaßen das Zauberwort. Damit war – im Unterschied zu den artes mechanicae (den handwerklichen Fertigkeiten) – der gelehrte Wissens- und Wissenschaftskanon gemeint, der eines freien Menschen für würdig erachtet wurde. Dazu gehörten die drei sogenannten redenden Künste Grammatik, Rhetorik und Dialektik, die Gebiete des Triviums also. Mit ihnen übte man das Denken und Sprechen ein. Hinzu kamen die vier mathematischen Künste Arithmetik, Geometrie, Musik und Astronomie, also das Quadrivium – die besonders anspruchsvollen Wissenschaften.

Allein die freien Künste würden den Weg zur Erkenntnis der Wahrheit öffnen, so die Meinung der Gelehrten. Diese Erkenntnis wiederum würde zur Weisheit führen. Die Weisheit schließlich sei das wahre und unvergängliche Glück der Menschen. Weisheit, Wahrheit und Seelenheil gehörten für die Bildungsreformer unter Karl dem Großen zusammen. So kann es nicht überraschen, dass vor allem die berühmten Werke der antiken Philosophen studiert wurden.

Das Bestreben, sich im Denken und Argumentieren, in der Sprache und Begrifflichkeit an den klassischen und frühchristlichen Vorbildern zu orientieren, setzte einen gewaltigen Wissenstransfer in Gang. Tausende von antiken Handschriften wurden abgeschrieben, und zwar nicht mehr auf brüchigem Papyrus, wie bis dahin üblich, sondern auf haltbarem Pergament, das aus Häuten von Schaf, Ziege oder Rind hergestellt wurde. Der Wissenstransfer war auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Wir wüssten heute fast nichts über die antiken Schriften, Philosophen und Dichter, wenn nicht die Bildungsreform unter Karl dem Großen sie uns überliefert hätte.

Jetzt wird auch verständlich, weshalb eine neue, gut lesbare Schrift mit exakten Buchstaben und Worttrennung entwickelt wurde. Die Texte sollten überall klar und eindeutig lesbar sein. Die ersten Zeugnisse stammen aus dem Kloster Corbie an der Somme, östlich von Amiens, das enge Kontakte zu den Hof-

gelehrten unterhielt. Um 800 war der Siegeszug der karolingischen Minuskel entschieden. Die Schrift Europas war geboren. Mit ihr entstanden nun die schön und klar geschriebenen und gut lesbaren Bücher, sogenannte Codices, die in den neu eingerichteten „Wissensspeichern“, den Bibliotheken der Klöster und Bischofskirchen, gesammelt wurden. Karl der Große ließ eine spezielle Hofbibliothek einrichten, die leider nicht erhalten ist. Aber ein fragmentarisch erhaltener Bibliothekskatalog verrät, dass allein die am Hof gesammelten klassischen Autoren zum Feinsten der Literaturtradition gehörten.

In neuen Schulen sollten auch Kinder unterrichtet werden, die nicht Mönche oder Geistliche werden sollten. Pfarrern wurde angeordnet, in Dörfern und auf Gutshöfen Schule zu halten. Von einem bayerischen Bischof hören wir, er habe die Eltern ermahnt, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Wer nicht lernen wolle, den solle man mit Schlägen und Fasten bei Wasser und Brot dazu zwingen. Auch Mädchen sollten mit Peitschenhieben oder Fasten dazu gebracht werden, ihren Widerstand aufzugeben – immerhin ein Beleg dafür, dass die Bildungsbemühungen auch Frauen galten.

Am Hof und in der Bildungselite übte man sich in der „höheren Mathematik“. So suchte man den Lauf der Gestirne zu bestimmen, ebenso das Alter der Welt. Daraus entstanden überaus anspruchsvolle Berechnungen, bei denen man sich auf Plinius d. Ä. oder den englischen Gelehrten Beda Venerabilis stützte. So blühten auch die exakten Wissenschaften erstmals im Mittelalter auf. Es ist also nicht richtig, dass der lateinische Westen seine Kenntnisse auf diesem Feld allein Byzanz und den Arabern verdankt. All dies müssen wir uns vor Augen halten bei der Frage, was uns Karl der Große heute noch angeht.

In einer Welt der mündlichen Kommunikation war es besonders wichtig, die Kunst des Redens zu beherrschen, also die Rhetorik. Diese sollte bereits den Kindern beigebracht werden. Zahlreiche Lehrbücher wurden dazu verfasst, in denen die fünf Schritte für eine erfolgreiche Rede dargelegt wurden: 1. Das Nachdenken, der Gedanke also. 2. Das Anordnen des Stoffes. 3. Der Ausdruck und der Stil. 4. Das Erinnerungsvermögen, denn natürlich wurden Reden frei gehalten. 5. Schließlich der Vortrag selbst, also der Einsatz der Stimme, die Haltung beim Reden, die Gestik und so weiter.

Angesichts solcher Bildungsprogramme sollten wir heute vorsichtig damit sein, uns über frühere, gar mittelalterliche Zeiten selbstgefällig zu erheben und in den damaligen Menschen nur ungebildete „Idioten“ zu sehen. Und im Gedenkjahr tut auch die Erinnerung daran gut, wie stark und wie lange die Epoche Karls des Großen unsere westeuropäisch-christliche Kultur und Wissenschaft bestimmt hat. Zumindest beim Lesen auch dieser Zeilen sollten wir dem Kaiser aus dem frühen Mittelalter Respekt zollen für die von ihm geförderte und heute noch moderne Schrift. ▲



Professor Dr. Stefan Weinfurter ist Ordinarius für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Heidelberg und leitet dort auch das Institut für Fränkisch-Pfälzische Geschichte und Landeskunde. Er lehrte zuvor Mittelalterliche Geschichte als Lehrstuhlinhaber in Mainz und München und war in Eichstätt Professor für Bayerische Landesgeschichte.

Kurz gemeldet

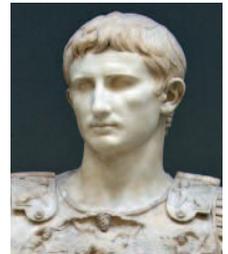
Bayern wächst mit Fremden

Er ist vermessen und erkannt: Der Durchschnittsbayer ist 43 Jahre alt, seit zehn Jahren verheiratet, hat Kinder und einen festen Arbeitsplatz, hätte aber gerne ein paar Kilo weniger. Dieser Muster-Bayer lässt sich aus den Zahlen des 630 Seiten dicken Statistischen Jahrbuches 2013 formen. Zum Stichtag lebten 12 519 571 Menschen im Freistaat. Ein Zwei-Jahres-Plus von 150 000, obwohl die Todesfälle um fast 20 000 über den Geburten liegen. Der Zuwachs kommt durch Zuwanderung. Allein seit der Wiedervereinigung sind aus anderen Bundesländern 800.000 Neu-Bayern zugezogen. Die weißblaue Attraktivität liegt vor allem in sicheren Arbeitsplätzen, mit einer Arbeitslosenquote von lediglich 3,7 Prozent sei Bayern auf dem Weg der Vollbeschäftigung, erklärte Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Jahrbuches. Knapp 337 Milliarden Euro setzte die bayerische Wirtschaft 2012 um, 51,3 Prozent der Güter wurden exportiert. Trotz europäischer Schuldenkrise ein Plus von drei Prozent. Gab es 1970 nur 3,14 Millionen Autos in Bayern, nähert sich ihre Zahl mit jetzt 9,1 Millionen der Zahl der Einwohner. ■



Vergessener Kaiser

Verschlafen hat Augsburg ein großes Jubiläum, das eigentlich einer imposanten Ausstellung wert gewesen wäre: Vor genau 2000 Jahren ist der Namensgeber der heutigen Schwaben-Metropole, die damals Augusta Vindelicium getauft wurde und ein Militärlager war, in Rom gestorben. Kaiser Augustus, der Erhabene, lebte von 63 vor Christus bis 14 nach Christus. In seiner 44-jährigen Regierungszeit erlebte das römische Reich seine größte Ausdehnung, die FAZ nennt ihn den „rabiaten Europäer der ersten Stunde“. In Rom wurde für das Jubiläum eine grandiose Schau konzipiert, die inzwischen nach Paris gewandert ist und dort noch bis zum 13. Juli zu sehen ist. In Augsburg aber gibt es keinerlei Aktivitäten, im Gegenteil: Wegen statischer Probleme musste das Römermuseum geräumt werden, die Sanierung wird sich bis 2017 hinziehen. Und ein Ausweichquartier konnte noch nicht bezogen werden, denn dort muss erst eine neue Beleuchtungsanlage installiert werden. ■



Genervt und bevormundet

In der neuen Europäischen Bankenaufsicht EBA sehen die bayerischen Raiffeisenbanken eine „gigantische Regulierungsmaschinerie“, die selbst bei Kreditinstituten, die keineswegs systemrelevant sind, enorme Bürokratiekosten verursacht. Wirtschaftsprüfer haben ermittelt, dass bei Umsetzung aller regulatorischen Anforderungen allein für Deutschland Regulierungskosten von jährlich über zwei Milliarden Euro entstehen. Kosten, die besonders Raiffeisen- und Volksbanken, aber auch die keine und mittleren Sparkassen belasten, von deren Geschäftsvolumen keine Gefahr für das globale Finanzwesen ausgehen kann. Zudem, so Bankenvertreter, seien Kunden zunehmend genervt von den umfangreichen neuen Beratungsprotokollen. „Sie fühlen sich bevormundet und teilweise sogar entmündigt“, meint der Vorstandsvorsitzende der Raiffeisen-Volksbank Ebersberg, Wolfhard Binder. ■



Wertvoller als Gold

Dem geheimnisvolle Inka-Reich und der untergegangenen Welt der Anden-Könige ist die diesjährige Ausstellung des Rosenheimer Lokschuppens gewidmet. Farbkräftige und reich gemusterte Textilien, wertvolle und sehr seltene Opferschalen aus Stein, Goldschmuck, Knotenschnüre und Rekonstruktionen archäologischer Stätten erklären Herkunft, Religion, Architektur, Wirtschaft und Machtverhältnisse des Inka-Reiches. Viele der außergewöhnlichen Exponate werden erstmals in Europa gezeigt. Von den Textilien, die den Inkas wertvoller waren als Gold, gibt es nur noch wenige Originale. (Inka – Könige der Anden, Rosenheimer Lokschuppen, bis 23. November, Eintritt 13 €, Kinder 6,50 €) ■



© Linden-Museum Stuttgart, Foto: Axel Dreyer

Denkste:

„Niemand möchte, dass die Vereinten Nationen dasselbe Schicksal erleiden wie einst der Völkerbund, der zusammengebrochen ist, weil es ihm an echtem Einfluss fehlte. Dazu kann es kommen, wenn einflussreiche Länder die UN umgehen und zu militärischer Gewalt greifen, ohne vom Sicherheitsrat autorisiert zu sein.“ *Wladimir Putin, russischer Präsident, am 11. September 2013 in der New York Times* ■



Spiel der Aromen

Deutschlands bester Koch
im *Peutinger*-Gespräch



Kontinuität auf höchstem Niveau: Seit Harald Wohlfahrt 1992 vom Gourmet-Führer Michelin erstmals mit drei Sternen ausgezeichnet wurde, hat er diese absolute Höchstnote ununterbrochen erhalten. Der 58-Jährige Chef der „Traube Tonbach“ im Schwarzwaldort Baiersbronn gilt als der beste Koch Deutschlands. Allein fünf seiner Schüler sind ebenfalls Drei-Sterneköche. Mit *Peutinger*-Chefredakteur Peter Schmalz sprach Wohlfahrt über Freud und Leid in der Küche, über den Geschmack der Deutschen und über die Vorzüge von chinesischen Essstäbchen.

„Wenn man kreativ arbeitet, ist Routine Langeweile“: Harald Wohlfahrt, 58, wurde in der Schwarzwaldgemeinde Loffenau geboren. Nur 40 Kilometer entfernt von der „Schwarzwaldstube“ in Baiersbronn, wo er seit 1978 als Souschef und seit 1980 als Küchenchef am Gourmetherd steht. 1992 verlieh ihm Michelin erstmals drei Sterne – und seither ununterbrochen.



Der Peutinger: Herr Wohlfahrt, drei Sterne ununterbrochen nun im 22. Jahr. Gewöhnt man sich daran?

Harald Wohlfahrt: Nicht wirklich. Man weiß ja, dass die Michelin-Direktion in Paris sagt: „Sterne kommen, Sterne gehen.“ Da ist man umso sensibler, wenn man drei davon hat.

Bei Ihnen kamen sie und bleiben.

So kann man das nicht sehen. Wir kämpfen jedes Jahr um den Stern. Dazu gehört, die Mannschaft immer wieder zu motivieren, das ohnehin schon hohe Niveau weiterzuentwickeln. Zu diesem Willen, nicht nachzulassen, gehört schon eine mentale Kraft, die sich auf die Mannschaft übertragen muss.

Man sagt Ihnen einen ungebrochenen Eifer nach.

Das ist wirklich so. Wir entwickeln fünf große Speisekarten im Jahr und gestalten alle 14 Tage die Menüs neu, die wir immer wieder mit neuem Eifer umzusetzen versuchen.

Routine ist ein Fremdwort?

Wenn man kreativ arbeitet, ist Routine Langweile, für uns und für den Gast. Wir wollen und müssen gerade auch für unsere Stammgäste attraktiv bleiben. Wir arbeiten nicht in einer Metropole wie London oder Paris, wo man unter sieben oder acht Millionen Einwohner und vielen Touristen Gäste finden kann. Die große Mehrheit unserer Gäste kommt zielorientiert ins Hotel und ins Restaurant. Ob unser Gast erst das Restaurant und dann das Hotel bucht oder umgekehrt, ist dabei nebensächlich. Wir haben beide tolle Synergien, Hotel wie Restaurant.

Würden Sie es wagen, ein Sterne-Restaurant ohne Hotel im Hintergrund zu führen?

Mit dem Namen könnte ich heute hingehen, wo ich will, das Publikum wäre sicherlich da. Voraussetzung wäre natürlich die gleiche Leistung, wie jetzt in der Schwarzwaldstube.

Ein Harald Wohlfahrt hätte eine Chance, ein Christian Jürgens inzwischen auch. Aber der Newcomer, der gerade seinen ersten Stern erkocht hat?

Eher schwierig. Viele versuchen es mit großem Engagement. Ob sie aber mit der Wertschöpfung dann immer so glücklich sind, steht auf einem anderen Blatt.

Wer bei Ihnen genießen will, muss Geduld haben.

Ein halbes Jahr Wartezeit ist durchaus drin.

Warum kein zweites oder drittes Lokal?

Wir haben die Schwarzwaldstube mittags und abends geöffnet. Übers Jahr gesehen betreuen wir täglich 59 Gäste, 40 Prozent des Umsatzes machen wir mittags. Bei einer durchgehend so guten Auslastung ist man gut beraten, sich intensiv um das Wohl der Gäste zu kümmern und sich nicht durch viele Nebentätigkeiten zu verzetteln. Mein Interesse ist es,

dem Gast, der für die Schwarzwaldstube Monate im Voraus bucht, zu bieten, was er erwartet.

Und warum gibt es keine Harald-Wohlfahrt-Kochschau?

Das gleiche. Ich hatte natürlich Anfragen, bei Kerner, Lanz oder anderen dabei zu sein, aber mit Drehtag, An- und Abreise geht mir zu viel Zeit verloren. Zumal es bei uns kein Motiv wäre, über eine Show zu einer höheren Auslastung zu kommen. Wir arbeiten täglich 12 bis 16 Stunden. Was wollen Sie da noch viel reinpacken? Ein bisschen schlafen sollte man auch zwischendurch.

Kochbücher sind Bestseller, Koch-Shows bringen TV-Quote – ist Deutschland ein Gourmetland geworden?

Mit Sicherheit. Jetzt haben wir eine Spitzengastronomie, die pulsiert mehr denn je, die Entwicklung geht nach oben. Ob das Publikum in dem Maße mitwächst und wie gut die Köche ausgebildet werden, das kann ich nicht beurteilen. Für uns aber weiß ich: Wir hatten 2013 unser bestes Umsatzjahr.

Wächst mit dem Wohlstand auch der Geschmack?

Esskultur kann sich immer dann entwickeln, wenn genügend finanzielle Mittel vorhanden sind. Und damit wächst auch der Anspruch an besseres Essen.

Schauen Sie auch mal in ein Kochbuch eines Kollegen und entdecken darin Interessantes?

Das gehört natürlich dazu, man muss sich ja weiterbilden und ist deshalb gut beraten, auch die Innovationskraft anderer zu beobachten.

Und wohin geht's? Die Molekularküche scheint passé, regional liegt voll im Trend.

Regional muss man definieren. Japan ist auch regional, Spanien oder Italien auch. Nehmen wir aber nur die Region vor unserer Haustüre, dann muss ich mir im Klaren sein: Unser Angebot könnte ich nur von April bis Ende Oktober aufrechterhalten, die restlichen Monate aber, in denen unsere Natur schläft, müsste ich das Restaurant schließen oder, wie vor 200 Jahren, Sauerkraut und eingemachte Rüben anbieten.

Wobei eingemachte Rüben bei Ihnen wahrscheinlich exzellent wären.

Wenn wir sie rechtzeitig eingelegt haben, kann man sicherlich was Leckeres daraus machen.

Slow-Food ist in aller Munde. Eine Mode?

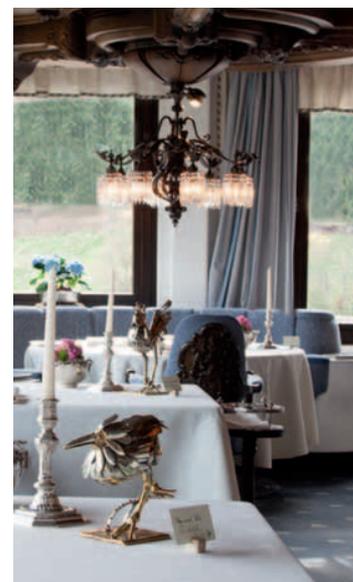
Ich wünsche mir, dass dieser Slow-Food-Gedanke nachhaltig gelebt wird und sich weiterentwickelt. Er schafft mehr Bewusstsein für Qualität. In der Küche wie beim Gast.

Was halten Sie vom Veggieday?

Wir bieten ein vegetarisches Menü an, aber ich möchte niemanden anordnen, samstags oder sonntags vegetarisch zu essen. Doch es ist kein Fehler, in der Woche einen Obsttag oder einen vegetarischen Tag einzulegen. →

Kulinarischer Dreiklang

(v.li.): Anisgebeizter Lachs mit Kaviar vom Fliegenfisch, Barberie-Entenbrust mit gebratener Entenleber an Honig-Koriander-Sauce und Zuckerperle Kir Impérial mit Waldmeister-Champagner-Schnee, Walderdbeersorbet und Rhabarberkompott.



Der Gasträum der Genüsse: Wer in der „Schwarzwaldstube“ fein essen möchte, muss Monate im voraus einen Tisch reservieren.



Urteil nach strengen Maßstäben: Der Guide Michelin ist international der Star unter den Hotel- und Restaurantführern. In der jüngsten Ausgabe hob er auch den Tegernseer Christian Jürgens („Überfahrt“) in den Drei-Sterne-Himmel. (1392 S., 29,95 €)

Wie ist es bei Ihnen?

Ich lebe sehr essbewusst und bin kein Fleischfettischist. Manchmal esse ich zwei, drei Tage überhaupt kein Fleisch. Mit guter Qualität und weniger Menge hat man oft mehr im Leben. Wie bei allem, so auch beim Essen.

Sie haben Astronauten mit Space-Food versorgt. Ein Gag oder auch ein Erkenntnisgewinn?

Es war kein Marketinggag, sondern eine ernste Aufgabe und eine Herausforderung. Den Anstoß gab Professor Ernst Messerschmid, der 1985 selber im All war, bei den Tonbacher Gesprächen hier bei uns im Haus. Nach dem Galadiner meinte er, ob ich denn nicht zur besseren Ernährung der Astronauten beitragen könnte. Und so kam der Auftrag der Europäischen Weltraumbehörde ESA, Menüs für Raumflüge zu entwickeln.

Das ist doch nur Brei in Tuben.

Man hat völlig falsche Vorstellungen. Ich habe vorher noch nie für Astronauten gekocht und wusste auch nicht, wie sie sich ernähren. Um ein Gefühl für diese Aufgabe zu bekommen, habe ich russische Original-Food verkostet, habe mir Videos angesehen, wie die Nahrung im All erwärmt und wie gegessen wird, und habe mich über die notwendigen Konsistenzen informiert. Bei einer Schulung habe ich gelernt, welche Produkte in Frage kommen. Blähende Zwiebelgewächse sind in der Raumstation tabu, Flüssigkeiten

müssen als Soßen gebunden sein. Und schließlich der Nährwert: Ein 70 Kilo schwerer Astronaut muss täglich bei vier Mahlzeiten zwischen 2400 und 3700 Kalorien zu sich nehmen. Alkohol ist völlig verpönt. Es war für mich eine spannende und geradezu wissenschaftliche Arbeit.

Wie viele Kalorien servieren Sie in der Schwarzwaldstube dem irdischen Gast?

Beim kleinen Menü sind es etwa 3000 Kalorien, mit Süßspeisen und Petit Four.

Und wie viel bringt der Schweinsbraten in einer bayrischen Wirtschaft?

Das kommt auf den Fettanteil an, aber ein ordentlicher Schweinsbraten hat bestimmt 4000 bis 5000 Kalorien.

Sie würden gerne mal längere Zeit durch China reisen und die chinesische Küche noch intensiver kennenlernen. Was reizt Sie daran?

Sie hat eine über tausend Jahre entwickelte Tradition. In China gab es schon Fine Dining, als bei uns höchstens Hirsebrei auf den Tisch kam. Und allein schon das Essen mit Stäbchen. Dagegen sind Messer und Gabel geradezu grobes Handwerkszeug. Mit Stäbchen kann man nur nippen und dippen in kleinen Mengen. Das ist eine ganz andere Ästhetik des Essens. Es lohnt sich, darüber nachdenken, wie Nahrung aufgenommen wird.

Können Sie mit Stäbchen gut essen?

Nicht so professionell, dass ich jedes Reiskorn aufnehmen könnte. Ich muss mich anstrengen.

Sie können sich vorstellen, von einer Chinesin Impulse mitzubringen?

Das könnte durchaus sein. In Hongkong habe ich mich schon mal umgeschaut. Toll ist die im Grunde schlichte Wokpfanne: Über dem Gas erhitzt, mit Öl ausgestrichen, dann Fleisch oder Gemüse ganz kurz heiß geschwenkt, dazu etwas Fond und die Aromatisierung zum Schluss. Die Geschwindigkeit, in der mit großer Hitze auf den Punkt gegart wird, ist schonend und erhält die Vitamine. Geradezu faszinierend ist, wie eine Pekingente zubereitet wird: Die ganze Ente in einem Geflügelfond mit etwas Sojasoße gekocht, anschließend aufgehängt und getrocknet, dann wird Luft reingepustet, bevor sie im Pekingentenofen langsam austropft und gart. Das ist ein Ritual und die Ente wird zum Genuss.

Was ist Ihr Preis für die vielen Sterne?

Der Preis ist hoch. Man verzichtet auf viel, auch auf Familie. Man lebt relativ einseitig in seiner kleinen Welt der Küche. Bei dem Anspruch, den wir haben, steht der Beruf im Mittelpunkt, alles andere muss sich dem unterordnen.

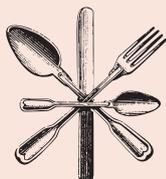
Work-Life-Balance wünscht die junge Generation. Dieser neue Lebensstil passt kaum in eine Sterne-Küche. Haben Sie Sorge um Nachwuchs?

Ich mache das jetzt 43 Jahre. Da gab es immer wieder ein Auf und Ab. Zurzeit spüren wir den demografischen Wandel, zu dem noch eine annähernde Vollbeschäftigung kommt. Wegen der relativ unbequemen

Anzeige

„GENIESSEN SIE
PERFEKTION
IN IHRER
EINFACHHEIT“

*Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Ihr Michael Huber mit Team*



RESTAURANT HUBER

Newtonstraße 13, 81679 München
Tel.: 0 89. 98 51 52, huber-restaurant.de
Di-Fr: 11.30-14.30 / 18.30-24.00 Uhr
Samstag: 18.30-01.00 Uhr

Arbeitszeiten führt beides dazu, dass weniger Köche ausgebildet werden. Darauf müssen wir uns besonders in der Spitzenküche, die von den Mitarbeitern viel abverlangt, einstellen. Wollen wir in zehn oder 15 Jahren unser hohes Angebot aufrechterhalten, dann müssen die Arbeitsplätze attraktiver werden. Wenn ich um den Mitarbeiter buhlen muss, muss ich ihn auch gut bezahlen.

Die Sterne-Küche ist ein harter Job. Wie motivieren Sie Ihre Mannschaft? Fällt in der Hitze auch mal ein hartes Wort?

Ich pflege einen kooperativen Führungsstil und versuche, die Mitarbeiter so zu behandeln, wie ich behandelt werden möchte. Ich spreche meine Mitarbeiter per Sie an, das ist der Grundrespekt, den ich ihnen entgegen bringe. Natürlich gibt es auch Momente, da muss man auch mal autoritär sein und sagen: Also Leute, so geht es jetzt nicht, bitte Konzentration. Es ist ein Mannschaftsspiel und es werden jeden Tag Spitzenleistungen abgerufen. Da muss man schon akribisch hinterher sein, aber neben der anstrengenden Arbeit den Mitarbeitern das Leben auch noch zusätzlich schwer zu machen, das wäre sicher der falsche Weg.

Haben Sie ein schlechtes Gewissen, wenn Sie wegen einer anderen Verpflichtung an einen Abend nicht in der Küche sein können?

Muss ich in keiner Weise haben, denn ich habe einen Stellvertreter, der seit zehn Jahre mit mir zusammenarbeitet, der die Küche aus dem Effeff beherrscht und der mich kongenial unterstützt. Sollte ich an einem Abend nicht da sein, spürt es Gast nicht an der Qualität. Es könnte nur sein, dass er mich vermisst, weil er mich nicht persönlich sprechen konnte.

Wohin entwickelt sich die Küche?

Dass jedes Produkt, das uns die Natur zum Verzehr zur Verfügung stellt, gleichberechtigt an den Start geht. Da kann man aus einer wilden Brunnenkresse oder aus einer alten Rauke im kreativen Spiel der Aromen überraschende Geschmacksmomente schaffen, die fein schmecken.

Ein Produkt molekular zerlegen und wieder zusammenfügen ist Schnickschnack?

Schauen Sie, man hat ein Konzept. Ich muss für meine täglich 59 Gäste eine gleichbleibend hohe



Qualität herausarbeiten. Würde ich aber den Teller erst dekonstruieren und so kompliziert wieder zusammenbauen, dass ich allein dafür an einer eigenen Anrichtestation fünf Minuten brauche, könnte ich mit der Zahl meiner Mitarbeiter den reibungslosen Ablauf und die Qualität nicht mehr gewährleisten. Für einen jungen Geist, der noch auf der Suche ist, kann das eine Herausforderung sein. Aber warum soll ich an meinem erfolgreichen Konzept krampfhaft etwas ändern und meine Gäste dabei so befremden, dass sie sagen: Oh Gott, das ist nicht mehr unser Herr Wohlfahrt, wie wir ihn bisher kennen. Nein, ich bleibe bei meiner Mischung aus Tradition und Moderne, die offenbar den Wünschen meiner Gäste nahekommt. Es muss ja einen Grund haben, warum sie immer wieder gerne hierher kommen.

Was würde passieren, wäre plötzlich ein Stern weg?

Ich habe natürlich den Willen und den Anspruch, das Restaurant auf Kurs zu halten. Nur noch zwei Sterne wären zunächst in der öffentlichen Wahrnehmung ein Rückschritt. Die Frage wäre, ob das Unternehmen mit mir auch bei zwei Sternen zufrieden wäre oder sich in der Hoffnung, bald wieder absolut die erste Geige zu spielen, einen neuen Mann suchen würde.

Scheint ja ohnehin eine theoretische Frage zu sein.

Ich tue das Möglichste, damit sie weiterhin theoretisch bleibt. Aber wissen Sie, auch dabei bin ich in meinem Alter gelassener, als ich es mit 40 gewesen wäre. ▲

Ein Mannschaftsspiel, bei dem jeden Tag Spitzenleistungen abgerufen werden: Harald Wohlfahrt mit seiner Crew in der Küche.



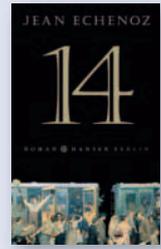
225 Jahre in Familienbesitz

Die Heimat der „Schwarzwaldstube“ ist das 5-Sterne-Hotel „Traube Tonbach“ in dem Schwarzwaldort Baiersbronn. Heiner Finkbeiner (Bild) und Ehefrau Renate führen das Haus, das in diesem Jahr sein 225-jähriges Jubiläum feiert und eines der besten Ferienhotels in Europa ist, in der siebten Generation. Als Gastgeber, schwärmt der Hotelführer Gault-Millau, sind sie „von rastlosem Perfektionsstreben und von liebenswürdiger Natürlichkeit“. Doppelzimmer ab 245 € (www.traube-tonbach.de)



Miniatur des Grauen

Der Bücherberg zum Ersten Weltkrieg stapelt hoch, von Remarques Klassiker „Im Westen nichts Neues“ bis zu Christopher Clarks aktueller Schuldanalyse „Die Schlafwandler“. Unscheinbar dazwischen liegt ein schmales Bändchen mit gerade mal 125 Seiten und dem knappst möglichen Titel „14“. Von der anderen, der französischen Seite aus betrachtet, ist es eine Miniatur über das vierjährige Gemetzel, vom Sommertag im August, dessen Idylle die Sturmglocken zerreißen, bis zu den an Leib und Seele verwundeten Heimkehrern. Eigentlich nur die Geschichte einer jungen Frau und zweier Brüder, doch kompakt, wie nur ein Großer zu formulieren vermag, erzählt Goncourt-Preisträger Echenoz eindringlich und ohne Pathos vom Lieben, Leiden und Sterben während dieser vier grauvollen Jahre.



Jean Echenoz: **14**. Roman, Hanser Verlag, Berlin, 125 Seiten, 14,90 €

Kundiges Lob

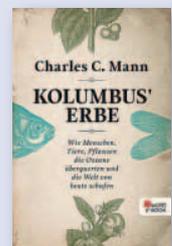


Angelo Bolaffi, 1946 in Italien geboren, kennt die Deutschen. Er studierte in den 70er Jahren in Berlin, traf Rudi Dutschke und kehrt 2007 für vier Jahre als Leiter des italienischen Kulturinstituts in die wiedervereinigte Stadt zurück. Ein Römer, der die wachsende Abneigung seiner Landleute gegen das große Partnerland jenseits der Alpen nicht hinnehmen mag und mit einer wortgewaltigen Streitschrift gegen die neue Feindseligkeit vorgeht. Bolaffi preist das „deutsche Wunder“, dass einem fast verlegen werden könnte: „Das moderne, kreative und besonnene Deutschland ist ein Vorbild für ganz Europa.“ In Italien wurde das Buch weitgehend totgeschwiegen: So viel kundiges Lob Deutschlands war dem italienischen Nationalstolz wohl doch nicht zuzumuten. Also: Am besten lesen und dann italienischen Freunden schenken...

Angelo Bolaffi: **Deutsches Herz** – Das Modell Deutschland und die europäische Krise
Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, 300 Seiten, 21,95 €

Aufstieg mit Migranten

Wir diskutieren viel über Migranten und Globalisierung und meinen, uns mit modernen Phänomenen zu beschäftigen. Denkste, meint der preisgekrönte Wissenschaftsjournalist Charles C. Mann und führt uns zum wirklichen Beginn der Globalisierung, als Kolumbus vor einem halben Jahrtausend Amerika entdeckte. Seine Reise, so Mann „brachte nicht die Entdeckung, sondern die Erschaffung einer neuen Welt“. Denn Pflanzen, Tiere und auch Krankheiten gingen auf Weltreise, und dieser „kolumbische Austausch“ setzte zwei Revolutionen in Gang, die Europa halfen, zur Weltmacht aufzusteigen: die landwirtschaftliche durch die Kartoffel und die industrielle durch den Gummibaum. Der unterhaltsame Geschichtenerzähler Mann beschreibt Historie als Umweltgeschichte und öffnet den Blick auf eine unaufhaltsame Entwicklung, die er „fortwährende Transkulturation“ nennt.



Charles C. Mann: **Kolumbus' Erbe** – Wie Menschen, Tiere Pflanzen die Ozeane überquerten und die Welt von heute schufen, Rowohlt Verlag, Berlin, 816 Seiten, 34,95 €

Terror der Gleichmacher



Am Anfang war eine Verunglimpfung: Thilo Sarrazin, stand im *Spiegel*, habe behauptet, Migranten seien faul und hätten kein Interesse, dieses Land mitzugestalten. Das war falsch, der Redakteur aber lehnte eine Richtigstellung ab. Er habe lediglich Sarrazins Äußerungen „pointiert zusammengefasst“. In Redaktionen eine üble, aber nicht unübliche Methode, für Sarrazin aber der Anstoß für ein neues Buch über einen Tugendterror, der die Meinungsfreiheit bedrohe. Damit geht er nun doch zu weit, aber Denkanstöße machen die Lektüre interessant. Den Tugendwahn der Medien musste Christian Wulff mit existenzvernichtenden Folgen erleiden, und Gleichheitsapostel, die jeden abweichenden Gedanken mit der moralischen Keule kontern, finden sich nicht nur in der Genderforschung. Gleichheitswahn kann zu Diktatur führen. Eine Gefahr, die uns nicht droht – aber zum Nachdenken über den Segen der Meinungsfreiheit auch als Freiheit des Andersdenkenden ist dieses Buch hilfreich. Wenn auch viel zu geschwätzig.

Thilo Sarrazin: **Der neue Tugendterror** – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland
Deutsche Verlagsanstalt, München, 400 Seiten, 22,99 €



Das neue Präsidium des Peutinger-Collegiums (v.l.): Prof. Dr. Ing. Hans-Joachim Hof, Robert Salzl, Schatzmeister/Quästor Dr. Marcus Lingel, Prof. Dr. Bernd Grottel, neuer Präsident des Peutinger-Collegium, Co-Präsident Dr. Klaus Leipold und Christian Geissler.

Neuwahl des Präsidiums

Das Peutinger-Collegium hat ein neues Präsidium. An seiner Spitze steht nun der KPMG-Manager Prof. Dr. Bernd Grottel (45). Er gehört dem Collegium seit 2006 an und bekleidete seit 2011 das Amt des Co-Präsidenten. Er zeichnet künftig vor allem für die Außendarstellung des Collegiums in Verbindung mit Veranstaltungen, Festabenden und Kooperationen verantwortlich.

Die übrigen bisherigen Präsidiumsmitglieder wurden mit teils veränderten Funktionen wiedergewählt. Strafverteidiger Dr. Klaus Leipold (58) bleibt als Co-Präsident für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Flugkapitän a.D. Robert Salzl (72) hält den Peutingern, trotz neuer Aufgabe als Präsident des Vereins Tourismus Oberbayern-München, auch weiterhin die Treue und wird seine

vielfältigen Kontakte zu Politik und Wirtschaft dem Collegium auch künftig zugänglich machen.

Dr. Marcus Lingel (44), Inhaber der Münchner Merkur Privatbank, verantwortet weiterhin die Finanzen.

Drei Mitglieder wurden neu ins Präsidium gewählt: Prof. Dr. Peter Lutz (57), Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht, übernimmt das Ressort Recht, der Informatikwissenschaftler Prof. Dr. Ing. Hans-Joachim Hof (38) ist für den IT-Bereich zuständig und der Marketing-Experte Christian Geissler (51) kümmert sich im das Mentoring-Programm und die Jungen Peutinger.

Der bisherige Präsident Dr. Marcus Ernst (44) hat nach insgesamt achtjähriger Mitarbeit nicht mehr für ein Amt im Präsidium kandidiert. ■



Zum Ehrenpräsidenten des Collegiums wurde Dr. Marcus Ernst gewählt. In einer konstruktiv-kritischen Laudatio ließ Dr. Alexander Grundner-Culemann die Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Revue passieren. Er lobte besonders die eloquenten kommunikativen Fähigkeiten von Marcus Ernst, der das Erscheinungsbild des Collegiums nach innen wie nach außen spürbar positiv prägen konnte. ■



Für Flutopfer spendeten Peutinger-Mitglieder 2.076 Euro. Den Scheck überreichten Ehrenpräsident Dr. Marcus Ernst und Robert Frank (li.) den Fischerdorfer Bürgern Maria Hackl und Josef Kremser, die beide beim Hochwasser Hab und Gut verloren hatten. Trotz des eigenen Leids haben sie in der Vereinigung „Betroffene helfen Betroffenen“ Nachbarn in der schweren Zeit geholfen, haben organisiert, mit angepackt und getröstet. ■

Bücher unserer Mitglieder

Erfolgreich im Familienunternehmen

Ob Haus oder Familienunternehmen – Umbau und Weiterentwicklung gehören auf die ständige Agenda jedes Inhabers. Die Botschaft an den Familienunternehmer ist klar formuliert. „Die Firma ist so in Schuss zu halten, dass sie jederzeit verkauft werden kann“, empfiehlt Buchautor Arnold Weissman. Hierzu liefert Weissman in seinem Buch eine klare Anleitung und führt den Praktiker durch die wichtigen Themen, von Unternehmensidentität über Geschäftsmodell bis hin zu Markt, Prozessen, Mitarbeitern und Finanzierung. Frei von „Beratersprech“ lesen sich seine Empfehlungen so, wie sie ein wohlwollender Unternehmerfreund auch formuliert hätte.

Arnold Weissman: **Erfolgreich im Familienunternehmen** – Strategie und praktische Umsetzung
Haufe-Verlag, Freiburg, 300 Seiten, 39,95 €



Aufschwung und Probleme

Ein Aufstieg von geradezu historischem Ausmaß schilderte Chinas Botschafter Shi Mingde. Der Diplomat, der in seinem Land als bester Deutschland-Kenner gilt, verschwieg aber nicht die enormen Herausforderungen, die dadurch der Führung des Milliarden-Reiches entstanden sind, und erläuterte die weitreichenden Reformen, die von Peking nun umgesetzt werden. Dazu zählen neben dem Aufbau sozialer Sicherungssystem vor allem der Kampf gegen Korruption und Umweltverschmutzung.



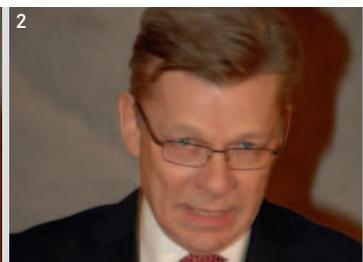
Abzug und Sorgen

Der Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan steht unmittelbar bevor. „Wir haben dort mehr positives erreicht, als in Deutschland wahrgenommen wird“, erklärte General Hans-Lothar Domröse beim Peutinger-Abend im Münchner Sheraton-Arabella-Hotel. Der höchste deutsche Nato-General ließ aber erkennen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte noch nicht in der Lage sind, den Schutz des Landes ohne Hilfe zu gewähren. Auch deswegen äußerte der Nato-General Unverständnis darüber, dass Afghanistan-Präsident Karsei seine Unterschrift unter ein Abkommen verweigert, das den Verbleib von westlichen Ausbildern ermöglichen würde.



Integrität und Engagement

Immer neue Regelungen müssen können in den Unternehmen sehr wohl die kritisch-vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat gefährden, mahnte Stephan Gemkow bei seinem Vortrag im Bayerischen Hof. Der Vorstandsvorsitzende der Duisburger Franz Haniel & Cie. Plädierte dafür, bei der Auswahl der Aufsichtsräte nicht nur auf formale Qualifikations- und Geschlechtsmerkmale zu achten, sondern charakterliche Integrität und Engagement in den Vordergrund zu stellen.





Grandioser Aufstieg, aber auch erhebliche Probleme: Chinas Botschafter Shi Mingde gab einen eindrucksvollen Bericht über die Entwicklung in der der Volksrepublik (Bild 1).

Es begann mit Franz Josef Strauß: Peutingen-Chefredakteur Peter Schmalz erinnerte in seinem Schlusswort an den Beginn der bayerisch-chinesischen Beziehungen (Bild 2).

Braut bald auch in China: Kaltenberger Schlossherr Luitpold Prinz von Bayern, hier mit Dr. Sonnfried Weber, dem Sprecher der Geschäftsleitung der BayBG (Bild 3).

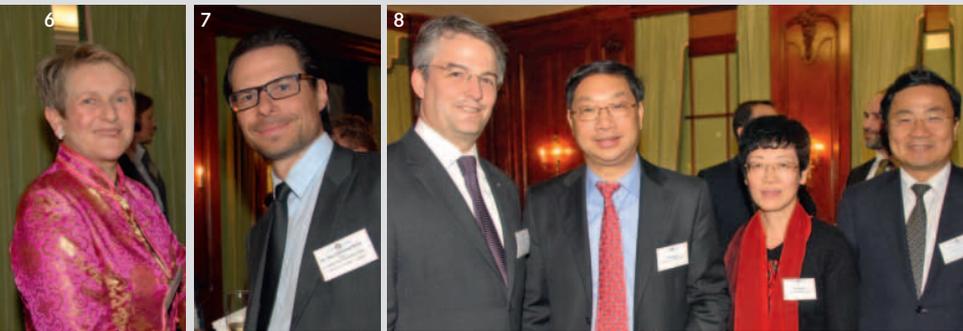
Dr. Peter Kidess, Bereichsleitune Abrechnung und Beratung der Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns, und Hans-Jürgen Haas-Wittmüß (Bild 4).

Diözesanjustitiar i.R. Dr. Hein Ulrich Röder und Steuerberater Richard Schweiger (Bild 5).

Dipl.-Kauffrau Rosemarie Braun (Bild 6).

Dr. Ing. Christian Doisl, Inhaber der ConsulD Unternehmensberatung Bild 7).

Peutingen-Präsident Prof. Dr. Bernd Grottel mit den hohen Gäste aus China: Botschafter Shi Mingde, seine Ehefrau Xu Jinghua und Generalkonsul Wanjin Zhu (Bild 8).



Kompetent, engagiert und unterhaltsam: Vier-Sterne-General Hans-Lothar Domröse, der Nato-Befehlshaber der Allied Joint Force Command Brunssum über die wenig tröstliche Lage in Afghanistan (Bild 1).

Kundiger Schlusswortredner war der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Nato-Militärausschusse, General a.D. Klaus Naumann, begleitet von seiner Ehefrau. (Bild 2).

Planungsbüro-Chefin Eva Spierer, Klinik-Geschäftsführerin Dr. Dr. Ursula-Jasmin Schindler aus Regensburg und Oralchirurg Dr. Helmut Stingl (Bild 3).

Direktor Dr. Martin Hermann der St. Galler Kantonbank Deutschland AG (Bild 4).

HNO-Spezialist Prof. Dr. Dr. Thomas Wustrow (Bild 5).

Hans-Wilmar von Stockhausen und Mathias Fontin (Bild 6).

Sternenreiches Gruppenbild (v.l.): Peutingen-Präsident Prof. Dr. Bernd Grottel, Schlusswort-Redner General a. D. Dr. h.c. Klaus Naumann, General Hans-Lothar Domröse. Peutingen-Präsiede Robert Salzl und Generalmanager Paul Peters der Münchner Hotels Westin Grand und Sheraton Arabellapark (Bild 7).



Stephan Gemkow, Vorstandsvorsitzender Haniel-Holding zum Thema „Unternehmertum und Corporate Governance“ (Bild 1).

Begrüßung durch Dr. Klaus Leipold, Co-Präsident des Peutingen-Collegiums (Bild 2).

Peutingen-Präsidiumsmitglied Christian Geissler, Geschäftsführer und Gesellschafter Commax Consulting und Oliver Frank, Abteilungsdirektor Strategische Kunden Fürstlich Castell'sche Bank, Credit-Casse AG, Prokurator und Vorsitzender der Jungen Peutingen (Bild 3).

Roland N. Berner, Internationales Management. Thomas Gyöngyösi. Christian Kohlhof, Geschäftsführer chicco di caffè GmbH. Dr. Marcus Lingel, Persönlich haftender Gesellschafter Merkur Bank KGaA, Honorarkonsul, Schatzmeister des Peutingen-Collegiums (Bilder 5 - 7).

Ruth Peter, Conventor des Peutingen-Collegiums und Laurenz Peter, Ernst & Young (Bild 8).

Schlusswort von Heinz-Joachim Neubürger, Aufsichtsratsvorsitzender der Koenig & Bauer AG (Bild 9).

Staatssekretär a.D. Dr. Wilhelm Knittel, ehemaliger Büroleiter von Franz Josef Strauß (Bild 10).

Rechtsanwalt Dr. Wolfram Theiss, Noerr LLP, und Dr. Gabriele Maria Jahn, Leitung Service-Center Personal SWM (Bild 11).

Peter Groos. Ehrenkurator der Haniel-Stiftung, Sigme Groos und Karl H. Funke, Aufsichtsratsvorsitzender Prüftechnik AG (Bild 12).



Foto: Justa/München

Verbote und Kosten

Viel Grund zu Klage sieht BASF-Vorstandschef Dr. Kurt Bock: Die chemische Industrie werde in Deutschland immer mehr Verordnungen und Verbote konfrontiert und müsse zudem wegen der Energiewende noch stark steigende Energiepreise verkraften. Der engagierte Manager, der neben dem europäischen auch dem Weltverband der Chemieindustrie vorsteht, lässt seine Sorge um Arbeitsplätze in Deutschland durchblicken. BASF, meint er, werde auch künftig weiter wachsen, allerdings deutlich mehr in Märkten mit einem günstigeren Umfeld.



Dr. Kurt Bock, Vorstandschef der Ludwigshafener Chemiekonzerns BASF, referierte über „Europäische Energie- und Industriepolitik aus Sicht eines Chemieunternehmens“ (2.v.r.). Das Schlusswort sprach Dr. Rudolf Staudigl, Vorstandsvorsitzender der Wacker Chemie AG (li.) Hier gemeinsam mit den Peutinger-Präsidialen Robert Salzl und Prof. Dr. Bernd Grottel (Bild 1).

Rechtsanwalts-Duo: Christine Reik und Peutinger-Präsidiumsmitglied Prof. Dr. Peter Lutz, der die Gäste vorstellte (Bild 2).

Peutinger-Conventor Rudolf von Haniel (Bild 3) und Bankdirektorin Bettina Breitenauer, HSBC Trinkaus (Bild 4).



BMW-Testfahrten in Maisach

Exklusiv für Mitglieder des Peutinger-Collegium



Mal eine „Revolution“ aus nächster Nähe selbst erfahren? Mit BMW wird's für die Mitglieder des Peutinger-Collegiums jetzt möglich: Am 26. Juni, mittags ab 12.00 Uhr, bietet die BMW Niederlassung München in

Maisach mit insgesamt drei Slots (um 12.00 Uhr, 14.00 Uhr und 16.00 Uhr) jeweils maximal 30 Teilnehmern die Möglichkeit, z.B. im neuen BMW i3 „stromschnell“ Probe zu fahren. Wer's lieber konservativ mag, der steigt in einen 431 PS starken BMW M4 und produziert Adrenalin pur. Doch lieber etwas beschaulicher? Kein Problem: Die an diesem Tag verfügbare Mischflotte bietet das passende Auto für jeden Geschmack. **Weitere Informationen erhalten Sie via E-Mail Ende Mai. Vorab Fragen? Dann wenden Sie sich bitte an Alexander.Job@bmw.de.** ■

Digitalisierung – smart und sicher?

2. Symposium in Kooperation mit der BMW-Niederlassung München



Am 10. Juli geht es beim Peutinger-Symposium zum 3. Mal in Folge um „Made in Germany“. Nach dem Schwerpunkt „Urbanisierung“ im vergangenen Jahr steht nun das Thema „Digitalisierung“ im Fokus. Wieder

findet die Veranstaltung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der BMW Niederlassung München statt. Dazu hat BMW seine attraktiven Räumlichkeiten am Frankfurter Ring zur Verfügung gestellt. Erwartet wird eine hochkarätige Expertenrunde, die sich zu den Themenbereichen Digitalisierung, Daten-Sicherheit, Smart Car und Smart Mobility äußert. Als Printmedien-Partner konnte wiederum der *Wirtschaftskurier* für eine redaktionelle Begleitung der Veranstaltung gewonnen werden. ■

Fürstliche Weinprobe in Castell

Strahlender Sonnenschrein in den Castell'schen Weinbergen versüßte am 27. März einen Ausflug des Peutinger-Präsidiums ins beschauliche Castell. Genau das richtige Wetter und Ambiente für eine ausgiebige Degustation hervorragender Riesling- und Silvaner-Tropfen unterschiedlicher Jahrgänge. Erbgraf Ferdinand zu Castell-Castell empfing die „Peutinger“ im Beisein seiner Gattin zunächst im Schloss. Von dort ging es gemeinsam zum nahegelegenen Archiv mit einem Kurzvortrag von Jesko Graf zu Dohna. Die anschließende Weinverkostung, an der auch

Dr. Sebastian Klein, Vorstandssprecher der Castell'schen Bank, teilnahm, fand dann sowohl im Weinberg als auch in den fürstlichen Weinkellereien statt. Beim abschließenden Abendessen im Weinstall nutzte Prof. Dr. Bernd Grottel die Gelegenheit, sich beim Erbgraf im Namen des gesamten Präsidiums für die großzügige Einladung zu bedanken. Dank gilt auch Prokurator Oliver Frank, mitverantwortlich bei der Castell'schen Bank für das Resort „strategische Kunden“, für seine hervorragende Organisation der Veranstaltung. ■

Veranstaltungen 2014



Mittwoch, 4. Juni 2014
Dr. Christoph Franz
 Verwaltungsratspräsident Roche



Montag, 13. Oktober 2014
Katharina Wagner
 Opernregisseurin



Donnerstag, 10. Juli 2014
Peutinger-Symposium
 „Made in Germany“



Mittwoch, 10. Dezember 2014
Peutinger-Collegium
 Jahresmitgliederversammlung



Mittwoch, 23. Juli 2014
Dr. Reiner Haseloff
 Ministerpräsident des Landes
 Sachsen-Anhalt

Vorschau 2015



Donnerstag, 18. September 2014
Prof. Dr. Christian Blümelhuber
 Professor für strategische Kommunikations-
 planung (Universität der Künste Berlin)



Dr. Paul Achleitner
 Aufsichtsratsvorsitzender
 Deutsche Bank



Donnerstag, 9. Oktober 2014
Energiekonferenz



Dr. Friedrich Merz
 Rechtsanwalt, Manager
 und CDU-Politiker

Terminänderungen vorbehalten. Bitte zeitnahe Ankündigungen auf der Homepage www.peutinger-collegium.de beachten!

Impressum



Der
Peutinger

Bayerischer Monatsspiegel

Magazin
 für Politik,
 Wirtschaft,
 Wissenschaft
 und Kultur

Redaktion

Peter Schmalz (Chefredakteur)
 Thomas Breitenfellner
 Michael Weiser
 Farchanter Straße 35
 D-81377 München
 peter.schmalz@gmx.net
 Leserbriefes an die Redaktion

Herausgeber

Prof. Dr. Bernd Grottel
 Präsident Peutinger-Collegium e.V.

Verlag/Gestaltung/Realisierung

NBB Kommunikation GmbH
 Ridlerstraße 33
 80339 München

Anzeigen/Druckunterlagen

NBB Kommunikation GmbH
 Ridlerstraße 33
 80339 München
 Tel.: +49 89 38 98 96-0
 Fax: +49 89 38 98 96-10
 info@nbbkommunikation.de
 www.nbbkommunikation.de

Druck

FIBO Druck- und Verlags GmbH
 Fichtenstraße 8
 82061 Neuried
 Tel.: 089/30 79 97 0
 info@fibodruck.de
 www.fibodruck.de
 Bezugspreis ist im
 Mitgliedsbeitrag enthalten



URKUNDE

DIE
FÜRST FUGGER PRIVATBANK KG

HAT DIE REPORT-JURY MIT BESTEN ERGEBNISSEN ÜBERZEUGT.

DESHALB WIRD SIE
SUMMA CUM LAUDE
IN DIE
PYRAMIDE DER AUSGEZEICHNETEN
AUFGENOMMEN.
MÜNCHEN, DEN 19.11.2013



Die Fürst Fugger Privatbank erhält wie in den Vorjahren erneut Bestnoten: Beim großen Bankentest von FOCUS-MONEY und des Nachrichtensenders n-tv sowie im Elite Report 2014 „Elite der Vermögensverwalter im deutschsprachigen Raum“ wurden die Spitzenprädikate vergeben.



Fürst Fugger Privatbank

AUGSBURG

KÖLN

MANNHEIM

MÜNCHEN

NÜRNBERG

STUTTGART

Telefon 0821 3201-109

Telefon 0221 2009-420

Telefon 0621 430905-10

Telefon 089 290729-44

Telefon 0911 52125-540

Telefon 0711 870359-20

Mehr Informationen unter www.fuggerbank.de